

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 2000 bis 2016 Band 7

Der Zahlmeister des EU-Einheitsstaates

Band 7/117: 30.06.2009 – 30.01.2010

Juni 2009

BRD: Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtet im Juni 2009 über die deutsche Außenpolitik im 20. Jahrhundert (x878/...): >>>**Kontinuität deutscher außenpolitischer Interessen im 20. Jahrhundert?**

Es mag auf den ersten Blick befremdlich scheinen, die Kontinuität deutscher außenpolitischer Interessen im 20. Jahrhundert zu thematisieren. War doch das 20. Jahrhundert für die deutsche Politik und Geschichte von schweren Verwerfungen und Brüchen gekennzeichnet. Kontinuitäten wurden sogar bewußt gebrochen. Am deutlichsten 1945 und danach.

Auffällig ist aber schon die Parallele zwischen der Balkankrise am Anfang des 20. Jahrhunderts, die 1914 mit der Ermordung des österreichischen Thronfolgers in Sarajewo den Ersten Weltkrieg auslöste, und der Krise Jugoslawiens am Ende des Jahrhunderts, die zum Zerfall des Balkanstaates führte. 1914 standen auf Seiten Serbiens Großbritannien, Rußland und Frankreich gegen das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn.

Als Jugoslawien 1992-1995 in den Zerfallskriegen auseinanderbrach und Sarajewo von den Serben belagert wurde, standen wiederum Großbritannien, Rußland und Frankreich auf Seiten der Serben, Deutschland und Österreich auf Seiten der Kroaten, Slowenen und Bosnier. Wenige Jahre nach der Wiedervereinigung die gleiche europäische Mächtekonstellation wie 1914! 1992-1995 waren die großen europäischen Mächte ebenso wie 1914 unfähig, den Konflikt zu lösen.

Erst das Eingreifen der USA brachte 1994 die notwendigen Entscheidungen. Lange hatten sich die USA abseits gehalten, da sie davon ausgegangen waren, daß die europäischen Mächte diesen Konflikt "vor ihrer Haustür" in den Griff bekommen würden. Aber sie konnten es nicht. Ohne die USA als außereuropäische Macht hätte der jugoslawische Zerfallskrieg mit Sicherheit weiter geschwelt und länger gedauert. Anders als im Ersten Weltkrieg nahmen die USA 1993/1994 gegen die Serben für die deutsche Position Partei.

Die augenscheinliche Kontinuität der Interessenlage der europäischen Mächte vor 1914 und nach 1990 gibt schon einen ersten Hinweis auf fortdauernde Interessendifferenzen zwischen Deutschland und den anderen europäischen Mächten. Die Kontinuitätsfrage ist also keineswegs so obsolet, wie sie zunächst scheinen mag, sie verdient eine genaue Analyse.

Die Interessen der europäischen Großmächte: Großbritannien, Frankreich, Rußland

Die Gründung des Deutschen Reiches durch Bismarck 1870/1871 fand in einem europäischen Kontext statt, in dem die bestimmenden großen Mächte, Großbritannien, Frankreich und Rußland eine seit Jahrhunderten eingespielte und erprobte Interessenpolitik verfolgt und abgesteckt hatten.

Der Neuankömmling, das Deutsche Reich, mußte seine Rolle erst finden und seine Interessen so definieren, daß sie im Abgleich mit den Interessen der Nachbarn stabile und tragfähige Verhältnisse in Europa ermöglichten. Das war nicht geglückt, wie man weiß.

Die Interessen Großbritanniens können knapp mit der Aufrechterhaltung eines europäischen "Gleichgewichts der Mächte", der "Balance of Power" beschrieben werden. Sie garantierte England die Seeherrschaft und gab ihm die Rolle eines Schiedsrichters und Züngleins an der Waage in den Machtkämpfen auf dem europäischen Kontinent. Stets fand sich London auf der Seite derer, die den Machtzuwachs eines kontinentalen Rivalen und die Erringung einer hegemonialen Vorherrschaft bekämpften.

Das tendenziell hegemoniale Frankreich unter Ludwig XIV wurde ebenso niedergedrückt wie das Kaiserreich Napoleons I ein gutes Jahrhundert später. Die Methode war immer dieselbe: England suchte und fand sogenannte Festlandsdegen, die die Hauptkämpfe durchzufechten hatten und mit Subsidien und Truppenkontingenten gestützt wurden. England sorgte dafür, daß die tendenzielle Hegemonialmacht sich so weit verzettelte, daß sie geographisch an den Rändern angegriffen und von dort aufgerollt werden konnte.

Wichtig war für London die Herrschaft auf den Weltmeeren als Voraussetzung für den Auf- und Ausbau des Empire, des gigantischen Kolonialreiches, das auszubeuten war und dem Heimatland enorme Reichtümer zuführte.

Zum britischen Konzept gehörte auch, an der England gegenüber liegenden Kanalküste keine Präsenz einer starken europäischen Kontinentalmacht zu dulden, die die englische Seeherrschaft beeinträchtigen könnte. Insgesamt handelt es sich um klare Interessenpositionen, die in Jahrhunderten gegen andere Mächte in erbitterten und langwierigen Kriegen durchgesetzt und siegreich behauptet worden waren. Entsprechend diesen nationalen Interessen wechselten die Briten die Bündnispartner. Auf dem Kontinent entstand dadurch der unzutreffende Eindruck vom "perfiden Albion".

Frankreichs Interessen waren die der stärksten europäischen Kontinentalmacht. Zunächst mußte Frankreich das Haus Habsburg zurückdrängen, das in Europa bis ins 17. Jahrhundert u.a. die Landmassen der österreichischen Erblande einschließlich Böhmen und Mährens, Spanien, das heutige Belgien und jenseits des Atlantik Mittel- und Südamerika beherrschte.

Nach den Wirren der Religionskriege war es Richelieu Anfang des 17. Jahrhunderts gelungen, Frankreich zu zentralisieren und sein inneres Machtgefüge so zu festigen, daß es nach dem Dreißigjährigen Krieg im Westfälischen Frieden 1648 zur stärksten Kontinentalmacht aufstieg.

Voraussetzung war eine entscheidende Schwächung der Habsburger, die eine Zerstückelung Deutschlands in "souveräne" Einzelstaaten einschloß. Der Habsburger Kaiser konnte in Deutschland nicht die Oberhoheit und dieselbe Zentralisierung durchsetzen, wie sie in Frankreich Richelieu gelungen war. Im Dreißigjährigen Krieg waren die Anläufe der Habsburger Kaiser endgültig gescheitert.

Frankreichs Interesse bestand in der Folgezeit darin, die Kleinstaaterei in Deutschland aufrechtzuerhalten. Die bayrisch-habsburgischen und habsburgisch-preußischen Rivalitäten in Deutschland galt es zu schüren, das Souveränitätsstreben der deutschen Kleinstaaten zu stärken und die Bundesverfassung, sei es in Form des Heiligen Römischen Reich bis Ende des 18. Jahrhunderts und des Deutschen Bundes nach 1815 zu schwächen.

Auf den Weltmeeren rivalisierte Frankreich glück- und erfolglos mit England. England gelang es in den entscheidenden Phasen stets, eine antifranzösische Koalition auf dem Festland zu schmieden, so daß Frankreich seine Kräfte aufspalten und verzetteln mußte. Aufgrund demographischer, kultureller und politischer Faktoren war eine französische kontinentale Hegemonie angelegt und möglich, allerdings blieb sie stets angefochten und konnte nie dauerhaft entfaltet werden. Frankreichs Stellung als stärkste Kontinentalmacht war infolgedessen nur tendenziell hegemonial. Es bedurfte immer besonderer Anstrengungen, um in diesem Spannungsfeld die französischen Interessen zu wahren und gegebenenfalls durchzusetzen.

Rußland war erst verhältnismäßig spät in das europäische Mächtekonkurrenzkonzert eingetreten. Der

Durchbruch als östliche Flügelmacht erfolgte mit Zar Peter und Zarin Katharina im 17./18. Jahrhundert, endgültig in den napoleonischen Kriegen zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Rußland war an einer ungehinderten Ausdehnung seiner Macht auf dem eurasischen Kontinent nach Osten interessiert, der nicht durch europäische Mächte wie Schweden im 17. Jahrhundert oder Frankreich zu Beginn des 19. Jahrhunderts behindert werden sollte.

Eine potentiell bedrohliche Machtzusammenballung in Mitteleuropa stand im Gegensatz zu russischen Interessen. Vielmehr war Rußland an einer Mittelmacht in Mitteleuropa mit Anlehnungsbedürfnis an Rußland interessiert, die gegebenenfalls russische Interessen wahrnehmen konnte und würde. Diese Macht fand sie in Preußen, das nach der verheerenden Niederlage gegen Napoleon nur aufgrund russischer Unterstützung nicht untergegangen war. Rußland suchte außerdem den offenen Zugang zum Meer in der Ostsee, aber auch über den Bosphorus. Den Anschluß an die technologische Entwicklung in Europa hatte Rußland früh als vital erkannt, blieb jedoch schwankend im Hinblick auf kulturelle Einflüsse.

Das war skizzenhaft dargestellt die Interessenlage der großen europäischen Mächte, die sich im Verlauf der letzten Jahrhunderte nach vielen Kriegen und zahlreichen Friedensschlüssen herausgebildet hatte, als das Deutsche Reich 1870/1871 von Bismarck gegründet wurde. Die Lage war seit dem Wiener Kongreß 1815 bis zur Reichsgründung relativ stabil: Großbritannien beherrschte die Meere und expandierte sein Kolonialreich weltweit, Frankreich war stärkste Kontinentalmacht, Rußland eroberte weite Teile Asiens. Nur an der Grenzlinie zwischen britischem und russischem Einfluß kam es weitab von Europa in Asien zu Streitigkeiten, die im Krim-Krieg gipfelten.

Als das Osmanische Reich schwächer wurde und immer weiter zerfiel, kündigten russische Ambitionen auf dem Balkan und Bosphorus neue Konflikte an. In Deutschland rivalisierten Österreich und Preußen um die Vorherrschaft, Preußen lehnte sich an Rußland an, Österreich-Ungarn fand in Großbritannien Unterstützung. Die deutschen Klein- und Mittelstaaten von Bayern bis Hannover verharteten ohne Ambitionen in beschaulicher Ruhe, ihre Existenz war für die Großmächte so etwas wie der Garant für den Status quo.

Alles hätte so bleiben können, wie es war, wäre da nicht der Ehrgeiz der Deutschen gewesen, nun selber auch einen Nationalstaat zu gründen und damit an der allgemeinen europäischen Entwicklung teil zu haben. Die Deutschen waren nicht die einzigen, die an der bestehenden internationalen Ordnung rüttelten. Das gleiche galt für Italien, die Völker Mittel- und Osteuropas und des Balkan. Auch sie strebten nationale Einheit und Unabhängigkeit an.

Die Gründung des Deutschen Reiches 1870/1871 veränderte die internationale Lage in Europa entscheidend. Frankreich hatte im Verlauf der deutschen Einigungskriege, die auch Italien einbezogen, nicht nur den deutsch-französischen Krieg sondern auch den Status als stärkste Kontinentalmacht verloren. Rußland mußte erkennen, daß das Deutsche Reich kein größeres Preußen war, das im außenpolitischen Orbit von Rußland verharrte, sondern zunehmend eine Politik aus eigenen Interessen verfolgte. Das galt besonders für den Balkan, wo Deutschland den Verbündeten Österreich-Ungarn stützte und sich mit dem Osmanischen Reich liierte, was im Zarenreich mit wachsendem Groll als Behinderung russischer Interessen wahrgenommen wurde.

Großbritannien schließlich hatte schon die deutsche Einigung mit Mißtrauen betrachtet. Deutschland war stärkste Kontinentalmacht geworden - für London prinzipiell ein Grund erhöhter Wachsamkeit und Mißtrauens. Die demographische und wirtschaftliche Dynamik Deutschlands nach 1870/1871 konnte das Mißtrauen nur verstärken, zumal Deutschland auch wirtschaftlich immer mehr als Konkurrent empfunden wurde. Deutschland erreichte eine tendenziell hegemoniale Position, die Flottenrüstung tat ein Übriges.

Es hätte großer und weitsichtiger Staatsmänner bedurft, um Europa in dieser neuen, ungewohnten Lage ohne größere Konflikte und Kriege durch die Krise zu steuern. Nach dem Ab-

gang von Bismarck gab es diese Staatsmänner nicht, nicht in Deutschland, nicht in Paris, nicht in London und auch nicht in St. Petersburg. Großbritannien, Frankreich und Rußland hielten an ihren außenpolitischen Interessen fest, dank denen sie ihre Machstellung erobert und über die Jahrhunderte befestigt hatten. Warum sollten sie ändern, was sich so lange für sie bewährt hatte?

Die Meinung herrschte vor, auch die neuen Interessenkonflikte wie bisher unter Einsatz militärischer Mittel ausfechten zu können. Niemand hatte in den Hauptstädten einen auch nur annähernd realistischen Begriff davon, in welche Katastrophe ein allgemeiner bewaffneter Konflikt Europa stürzen könnte.

Nur so ist die europäische Hochrüstung mit ihren Plänen zur Mobilmachung vor 1914 zu verstehen. Es war ein verhängnisvoller Irrtum, wie man heute weiß. Das Deutsche Reich fühlte sich durch die anderen europäischen Mächte, die eine tendenzielle Hegemonie nicht hinnehmen wollten, "eingekreist". Zu Recht oder zu Unrecht, ist nicht so bedeutsam. Was zählt ist Wahrnehmung - und die war nicht nur falsch. Alle europäischen Großmächte fühlten sich vor 1914 in ihren Interessen herausgefordert und bedroht.

Der Krieg brach 1914 aus. Über die politische Verantwortung kann man streiten. Aber das löst das Problem nicht. Es waren die außenpolitischen Interessenkonflikte, die mit diplomatisch-politischen Mitteln von den zeitgenössischen Staatsmännern nicht mehr beherrscht wurden. Jeder fühlte sich im Recht. Natürlich auch das Deutsche Reich. Der Erste Weltkrieg wurde zur Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts. Der Krieg dauerte mehr als vier Jahre, Millionen starben auf den Schlachtfeldern. Deutschland verlor schließlich den Krieg. Schlimmer war, daß die deutsche Gesellschaft nach dem Krieg nicht mehr dieselbe war wie zuvor, sie war in ihren Grundfesten erschüttert und zutiefst verunsichert.

Der Versailler Vertrag brachte zudem keinen Frieden, er löste die grundlegenden Probleme nicht. Deutschland begehrte dagegen auf und glaubte, mit militärischen Mitteln das Blatt doch noch einmal wenden zu können. Im Zweiten Weltkrieg zerbrachen diese Ambitionen. Deutschland wurde besiegt, es war die totale Niederlage. Das Land wurde besetzt, in Besatzungszonen aufgeteilt, um ein Viertel bis ein Drittel seines Territoriums amputiert. Deutschland war nach 1945 nur noch ein vager, unbestimmter geographischer Begriff, kein politischer Begriff mehr. Nur unter Bevormundung ausländischer Mächte konnten sich die Deutschen nach der totalen Niederlage 1945 ab 1948/1949 in Teilstaaten organisieren.

Betrachtet man die "Ergebnisse" der zwei Weltkriege für Deutschland, fällt es nicht schwer zu erkennen, daß sie in etwa der Lage vor der Reichsgründung 1870/1871 entsprachen.

Es gab wieder zwei Staaten in Deutschland, die Bundesrepublik und die DDR, die miteinander rivalisierten, wie einst Preußen und Österreich. Im Westen war mit der Bundesrepublik eine Art Rheinbund-Staat wie unter Napoleon I entstanden, in dem die Alliierten, vor allem Frankreich darüber wachten, daß er nicht zentralistisch regiert, sondern so weit wie irgend möglich föderal aufgebaut war. Rußland hatte seinen Einflußbereich wieder nach Mitteleuropa ausgedehnt und mit der DDR eine Art "neues" Preußen geschaffen, das die Anlehnung an Moskau nicht nur suchte sondern existentiell benötigte, wie einst das Preußen der napoleonischen Zeit. Großbritannien hatte den Rivalen, der in eine tendenziell hegemoniale Stellung in Europa hinein zu wachsen drohte, ausgeschaltet.

Insofern kann man die zwei Weltkriege als Kriege zur Wiederherstellung des Status quo ante begreifen, die die deutsche Reichsgründung revidierten. Die Interessen der europäischen Großmächte Großbritannien, Frankreich und Rußland hatten sich - freilich unter immensen Opfern - wieder durchgesetzt. Alle hätten zufrieden sein können, außer den Deutschen selbst, die ihren Nationalstaat verloren hatten, dem sie aber im Lauf der Jahre immer weniger nachzutruern schienen.

Die deutschen Interessen in der europäischen Machtbalance

Wie hätte bei der Ausgangslage 1870/1871 deutsche Außenpolitik angelegt werden können, damit der neue Staat sicher durch die Fährnisse der in Jahrhunderten gewachsenen Interessen der mächtigen Nachbarn hätte gesteuert werden können? Bismarck, dem die Probleme durchaus bewußt waren, hat sie auf seine Weise durch ein kompliziertes Bündnissystem zu lösen versucht. Seine Nachfolger waren weniger problembewußt und vertrauten mit zeitlichem Abstand zur Reichsgründung offenbar auf die Kraft des Faktischen.

Das Deutsche Reich war eine Tatsache: es existierte, es würde sich schon behaupten, notfalls mit militärischen Mitteln. Den zeitlichen Rückstand zu den anderen Mächten bei der Aufteilung der Welt suchte man aufzuholen. Den eigenen "Platz an der Sonne" wurde man schon erringen, wenn man die eigenen Ansprüche nur nachdrücklich genug vertreten würde. Der Aufbau der Kriegsmarine diene diesem Zweck. Hinzu kam eine optimistische Grundstimmung, eine innere Selbstgewißheit, die mit der dynamischen wirtschaftlichen und demographischen Entwicklung einherging. Wohl bemerkte die deutsche Regierung, daß Deutschland zunehmend diplomatisch isoliert war. Man fühlte sich "eingekreist", fand jedoch keinen Weg aus der Isolierung.

Angesichts der Interessenlage der mächtigen Nachbarn war das auch schwer erreichbar. Frankreich hatte sich mit dem Verlust des Status als stärkste Kontinentalmacht und Elsaß-Lothringens nicht abgefunden und setzte u.a. mit der Finanzierung grenznaher, strategischer Eisenbahnen im Westen des Russischen Reiches fest auf diesen Bündnispartner. Rußland konnte seine Interessen im Balkan nicht durchsetzen, da sie mit Interessen von Österreich-Ungarn kollidierten.

Die Habsburger Monarchie in Wien zog das Deutsche Reich immer tiefer in den Balkanprobleme hinein, die mit der Erosion des Osmanischen Reiches einhergingen. Berlin konnte und wollte diesen letzten europäischen Bundesgenossen nicht verlieren und unterstützte ihn "nolens volens". Der wachsende russische Groll traf dann allerdings Berlin direkt. Großbritannien betrachtete das Deutsche Reich, das im Begriff stand, das Kräftegleichgewicht in Europa zu gefährden und schon aufgrund ökonomischer und demographischer Gegebenheiten in eine tendenziell hegemoniale Stellung hinein wuchs, mit wachsendem Mißtrauen.

Allein durch seine schiere Existenz und seine dynamische demographische und wirtschaftliche Entwicklung wurde das Deutsche Reich für die anderen europäischen Großmächte zu einem provozierenden Störfaktor. Auch wenn die deutsche Politik völlig immobil und passiv gewesen wäre, hätte es seltener und überragender diplomatischer Fähigkeiten bedurft, um das wachsende Unbehagen der Nachbarn zu verhindern oder auszugleichen.

Die deutsche Politik verharrte allerdings nicht in Passivität. Die Aufrüstung der Kriegsmarine wurde forciert und in London natürlich als Herausforderung wahrgenommen. Auch suchte das Deutsche Reich just in den Weltregionen Einfluß zu gewinnen, die noch als leere Flecken erschienen, aber nur deshalb, weil sie zwischen Großbritannien und Rußland strittig geblieben und deshalb nicht aufgeteilt worden waren. Das betraf mit dem Osmanischen Reich den Bosphorus, Vorderasien und das Zweistromland (heutiger Irak), sinnfällig geworden durch den Bau der Bagdad-Bahn, aber ebenso Afghanistan. Rußland und vor allem Großbritannien empfanden das als offene Provokation.

Die deutsche Politik verhedderte sich in ihrer Aufholjagd um Macht und Einfluß in der Welt im Gestrüpp der Interessen der anderen europäischen Großmächte. Ein Ausgleich mit Großbritannien über die Flottenrüstung, der in Reichweite schien, wurde in den Wind geschlagen. Auch ungeschickte Äußerungen des deutschen Kaisers Wilhelm II waren wenig hilfreich, wobei letzteres nicht überbewertet werden sollte. Verbale Kraftsprüche gehörten in jener Zeit des europäischen Imperialismus ganz generell zum Repertoire der Politiker und Staatsmänner.

Mit anderen Worten: das Deutsche Reich besaß kein durchdachtes und erprobtes diplomati-

sches Gerüst, keine außenpolitischen Leitlinien, mit deren Hilfe es wie Großbritannien, Frankreich oder Rußland einen Weg durch die Fährnisse der kollidierenden Interessen in Europa hätte finden können.

Preußen, aus dem die Diplomatie des Deutschen Reiches hervorging, war bis 1870 in Europa zwar nominell Großmacht, war jedoch im Vergleich zu Großbritannien, Frankreich, Rußland und wohl auch Österreich-Ungarn von geringerem Gewicht. Viel Erfahrung im Umgang mit den Interessen anderer Großmächte gab es in Berlin nicht. Preußen hatte sich seit Napoleon I diplomatisch ganz im Fahrwasser Rußlands bewegt. Es hatte nicht gelernt, mit der Macht behutsam umzugehen, weil es das nicht brauchte.

Preußen-Deutschland hätte diese Erfahrung dann allerdings dringend benötigt, denn der Machtzuwachs Berlins war nach 1870/1871 enorm. Berlins Diplomatie entwickelte bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs kein Konzept, wie es die eigenen und die Interessen der anderen Großmächte dauerhaft zu einem Ausgleich bringen konnte. Berlin lernte nicht, die Interessen der anderen Beteiligten bei der Entwicklung der eigenen Politik mitzudenken und zu berücksichtigen.

Letztlich verließ man sich auf die Kraft der Waffen, um den Knoten zu durchschlagen und deutsche Interessen durchzusetzen.

Mythisch überhöhtes Vorbild wurde das Preußen Friedrichs II, der sich dank seiner Armee im Siebenjährigen Krieg 1756-1763 gegen eine Welt von Feinden, gegen Frankreich, Rußland und Österreich, drei europäische Großmächte gleichzeitig, behauptet hatte. Preußen hatte sich unter Friedrich II als "neue" Großmacht etabliert, reichte in der Substanz aber nicht dauerhaft an die traditionellen Großmächte heran. Denn auf militärische Stärke allein war kein Verlaß, wie sich wenige Jahrzehnte später in den napoleonischen Kriegen zeigte. Preußens neue Stellung war trotz der Siege Friedrichs II prekär geblieben. Nur knapp und mit Hilfe russischer Unterstützung hatte Preußen 1806 die Niederlage überlebt.

Daß der militärisch begründete Aufstieg Preußens - vom Großen Kurfürsten, über Friedrich II bis zu Bismarck - einmal abbrechen und ein Ende haben könnte, war nicht Bestandteil des preußisch-deutschen Mythos. Der Mythos versperrte den Zugang zur Realität.

Erster Weltkrieg

Die Schuldfrage am Ersten Weltkrieg ist Gegenstand einer ausufernden politisch-wissenschaftlichen Literatur und soll hier nicht erörtert werden. Hier interessiert die deutsche Reaktion auf den Ausbruch des Krieges. Es fehlte die konzeptionelle Klarheit. Sie zeigte sich ganz überwiegend in einer - man kann es nicht anders sagen - "unbekümmerten", weil realitätsfremden Kriegszieldiskussion. Ohne im Einzelnen darauf einzugehen, kann man doch zusammenfassen, daß den meisten Diskussionsbeiträgen die Durchsetzung einer deutschen Hegemonie in Europa vorschwebte.

In der Euphorie des Kriegsbeginns forderten die Kriegszielplaner u.a. im Westen die Annexion Belgiens, eines Teils der französischen Nordseeküste, des Erzbeckens von Lothringen und im Osten die Annexion Kurlands, Teilen Polens etc. Der Phantasie schienen keine Grenzen gesetzt. Von einer klugen, abwägenden, langfristig denkenden und planenden Außenpolitik kann in diesem Zusammenhang keine Rede sein.

Das galt um so mehr als die deutschen Waffen noch keineswegs gesiegt hatten, der "Sieg" vielmehr auf sich warten ließ. Es kennzeichnet den Mangel an diplomatischer Erfahrung, daß solche Gedankenspiele, die zum Teil in aller Öffentlichkeit ausgetragen wurden, überhaupt ins Kraut schießen konnten. Die Diskussion zeugt von der vorherrschenden Unsicherheit hinsichtlich der vitalen Interessen Deutschlands. Die deutsche Politik war auf den Kriegsausbruch gedanklich überhaupt nicht vorbereitet. Man wußte nicht, was man wollte:

Wenn es ein Verteidigungskrieg war, durfte es keine praktisch unkontrollierte Kriegszieldiskussion geben; war es ein Krieg zur Etablierung einer deutschen Hegemonie, dann hätte es vor

dem Krieg unbedingt Klarheit über die Kriegsziele geben müssen. Ein Krieg wurde geführt, ja wofür? Es war eine unglaubliche Gedankenlosigkeit, mit der das Deutsche Reich in den Krieg eintrat. Sie spricht allerdings auch gegen eine deutsche Kriegsschuld, es sei denn im Rahmen von Fahrlässigkeit.

Die Auseinandersetzung um einen Ausgleich zwischen berechtigten, existentiellen deutschen und den Interessen der anderen europäischen Großmächte war in Deutschland ausgeblieben. Für die deutschen Kriegsgegner Großbritannien, Frankreich und Rußland war die Lage bei Kriegsausbruch hingegen klar. Ihr überkommenes und in Jahrhunderten erprobtes außenpolitisches Ordnungssystem gab die Leitlinien vor, es bedurfte keiner langen Diskussion. Sie lassen sich wie folgt zusammenfassen.

Punkt eins: Das Deutsche Reich durfte keinesfalls eine faktische Hegemonie in Kontinentaleuropa erringen;

Punkt zwei: es mußte so weit geschwächt werden, daß auch eine tendenzielle kontinentaleuropäische Hegemonie Deutschlands auf Dauer ausgeschlossen blieb;

Punkt drei: vielleicht ergab sich sogar die Möglichkeit, das Deutsche Reich, das noch nicht einmal ein halbes Jahrhundert existierte, als Störfaktor ganz auszuschalten und wieder zu zer schlagen.

Eine Kriegszieldiskussion war folgerichtig nicht nötig und fand auch nur marginal statt. In Deutschland wurde nicht gesehen, wie kritisch die Lage 1914 für das Deutsche Reich war. Vor allem die Rolle Londons wurde im anstehenden Konflikt völlig falsch eingeschätzt. Daß England der Hauptgegner war und für deutsche Waffen unangreifbar auf den britischen Inseln selbst nach der Niederlage kontinentaleuropäischer Verbündeter weiterkämpfen würde, wurde in seinen Konsequenzen nicht gesehen.

Einer fiel in Deutschland 1914 aus dem Rahmen: Walther Rathenau (1867-1922), der Aufsichtsratsvorsitzende der AEG, eines der größten und wichtigsten deutschen Industrieunternehmen. Als Außenminister der Weimarer Republik sollte er einige Jahre später am 24. Juni 1922 einem rechtsradikalen Attentat zum Opfer fallen. Während die überwältigende Mehrheit der deutschen Zeitgenossen, auch in den führenden politischen Kreisen, den Krieg als erlösendes Ereignis begrüßten, sah Rathenau in dem Krieg nüchtern ein Verhängnis.

Er hielt den Krieg von Anfang an für eine aus falscher Einschätzung der Gesamtlage mit unzureichenden Gründen und letztlich unbedeutendem Anlaß herbeigeführte Katastrophe. Gegenüber dem linksliberalen Reichstagsabgeordneten Conrad Haußmann sagte er im Herbst 1914:

"Wissen Sie, Herr Haußmann, warum wir diesen Krieg führen? Ich weiß es nicht, sagen Sie es mir. Was soll dabei herauskommen?" (Conrad Haußmann, Schlaglichter, 13 - zit. nach Lothar Gall, Walther Rathenau. Porträt einer Epoche, Beck, München 2009, 184).

Da das Unglück nun mal eingetreten war, verweigerte Rathenau sich nicht und stellte seine organisatorischen Fähigkeiten und exzellenten Beziehungen in der Wirtschaft dem Kriegsministerium als Leiter der Kriegsrohstoffabteilung zur Verfügung. Diese kriegswichtige, wenn nicht kriegsentscheidende Abteilung war auf seinen Vorschlag hin eingerichtet worden. Rathenau wurde damit de facto zum Organisator der deutschen Kriegswirtschaft. Gleichzeitig suchte er dem Krieg aus den deutschen Interessen heraus einen Sinn zu geben, den er in der deutschen Selbstbehauptung und einer kompletten Umgestaltung der Verhältnisse in Europa sah.

Die von Rathenau vorgeschlagene Umgestaltung war für seine Zeit geradezu revolutionär. Wo andere nach Kriegsbeginn eine faktische deutsche Hegemonie mit der Kraft der Waffen herstellen wollten und für weit reichende Annexionen eintraten, schlug Rathenau in seinen Beiträgen zur Kriegszieldiskussion eine Zollunion mit Österreich-Ungarn sowie einen baldigen Friedensschluß und eine Zollunion mit Frankreich und Belgien vor. Also keine Annexionen

sondern Ausgleich der Interessen auf wirtschaftlicher Grundlage. Er machte diesen Vorschlag auf dem Höhepunkt der deutschen Siegeszuversicht - die Marneschlacht war noch nicht geschlagen und verloren. Frankreich sollte ein Frieden gewährt werden, der ein späteres Bündnis nicht nur nicht ausschloß sondern ihm den Boden bereitete.

Vorbild war der Friede, den Bismarck 1866 mit Österreich geschlossen hatte. Für Rathenau kam es darauf an, Kontinentaleuropa neu zu ordnen. Die Gründung einer Wirtschaftsgemeinschaft mit Frankreich und Belgien würde Grenzstreitigkeiten relativieren und einen dauerhaften Frieden gewährleisten. Die Verfolgung gemeinschaftlicher wirtschaftlicher Interessen und Ziele wäre die Voraussetzung für eine Neugestaltung Europas.

Die politische Klarsicht Rathenaus war bemerkenswert. Bei Kriegsausbruch gab es keine vitalen deutschen Interessen, die so bedroht waren, daß sie einen Kriegseintritt gerechtfertigt hätten. Im Balkan hatte Deutschland diese Interessen nicht. Außer durch einen generellen Krieg war das Deutsche Reich auch 40 Jahre nach der Gründung in seiner Existenz nicht bedroht. Die dynamische demographische und wirtschaftliche Entwicklung bestätigte und bekräftigte seinen Bestand. Das Streben nach faktischer Hegemonie war mehr als riskant und würde in einen allgemeinen Krieg mit unabsehbaren Folgen münden - wie es dann auch geschah.

Rathenau ging davon aus, daß England auch nach der Niederlage Frankreichs weiter kämpfen werde (vgl. Gall, 185, Anm. 21). Eine Einschätzung die richtiger nicht sein konnte, wie wir heute im Rückblick auch auf das Jahr 1940 und den Zweiten Weltkrieg wissen.

Rathenau hat ebenfalls realistisch eingeschätzt, wie ein Ausgleich mit Frankreich unter Ein-schluß Belgiens auf wirtschaftlicher Basis zustande kommen könnte. Er hat gedanklich die kleine EWG von 1957, die Vorläuferin der Europäischen Union, vorweg genommen. Er hat das Interessengeflecht durchdacht, das dem neu gegründeten deutschen Nationalstaat eine sichere Existenz und Entfaltungsmöglichkeiten geben konnte. Seine Vorschläge wurden von der deutschen politischen Führung, insbesondere Reichskanzler Bethmann-Hollweg angehört, aber verworfen.

Rußland hatte in Rathenaus frühen Denkschriften von 1914 noch keine Rolle gespielt. Die AEG hatte mit der Gründung einer Tochterfirma in Rußland schon vor Kriegsbeginn bedeutende wirtschaftliche Interessen verfolgt.

1915 trat Rußland in den Vordergrund von Rathenaus Interesse. Er wollte London und vor allem Paris als Finanzier und Kreditgeber Rußlands ablösen und Rußland ökonomisch fest in das deutsche Interessengebiet einbeziehen. Rathenau: "Rußland ist unser künftiges Absatzgebiet ..." (Boris Grekow, "Rußland ist unser künftiges Absatzgebiet". Walther Rathenau und Rußland zwischen 1914 und 1922, in: Walter Rathenau 1867-1922, Hg. Hans Wilderotter, Berlin 1994, S. 204). Voraussetzung war eine Herauslösung des Zarenreiches aus der Kriegsallianz gegen Deutschland und eine Sprengung der Entente. Dieser Frage war nach Rathenau alles Übrige unterzuordnen, was auch den Verzicht auf Annexionen beinhaltete.

In Brest-Litowsk schlossen am 3. März 1918 das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn mit der jungen Sowjetmacht einen Separatfrieden. Brest-Litowsk sah u.a. die Herauslösung Finnlands, Polens, der Ukraine und Teile des Baltikums aus dem russischen Staatsverband vor. Finnland und die Ukraine wurden unabhängig. Auch Georgien erlebte im Zusammenhang mit einem Zusatzabkommen eine kurze Phase der Unabhängigkeit.

In Brest-Litowsk hatten sich die deutsche Oberste Heeresleitung und die extremen Vertreter deutscher Kriegsziele durchgesetzt. Unter Protest unterzeichneten die Bolschewiki den Vertrag, weil sie andernfalls um den Bestand der jungen Sowjetrepublik fürchteten. Eine Revision des Vertrages hielt Rathenau "aus politischen Gründen" für "absolut notwendig" (ebd. S. 206). Rathenaus Forderung nach einer Revision war mit keinerlei Sympathie für die russische Oktoberrevolution verknüpft, wiederholt hatte er vor der Gefahr einer 'Bolschewisierung' Deutschlands gewarnt.

Die deutsche Niederlage im Herbst 1918 ließ den Vertrag von Brest-Litowsk Makulatur werden. Im Februar 1920 kam Rathenau erneut auf seinen Plan einer engen politischen und wirtschaftlichen Verbindung zwischen Deutschland und Rußland zurück und forderte mit einer Reihe von Vertretern der deutschen Industrie die "Herstellung enger wirtschaftlicher Beziehungen zu Sowjet-Rußland" (ebd. S. 207). Mit dem Vertrag von Rapallo vom 16. April 1922, den Rathenau als Außenminister unterzeichnete, verfolgte er diese Linie weiter.

Während des Ersten Weltkriegs drang Rathenau mit seinen Vorstellungen nicht durch. Die weitere Entwicklung ist bekannt. Stichworte können genügen. Deutschland verlor den Ersten Weltkrieg.

Im Versailler Vertrag von 1919 wurde Deutschland so geschwächt, daß - so die Absicht der Entente-Mächte - eine tendenzielle deutsche Hegemonie in Kontinentaleuropa auf überschaubare Zeit ausgeschlossen war. Eine Zerschlagung des Deutschen Reiches war 1918/1919 unmöglich, weil der russische Kriegsalliierte durch die Revolution ausgefallen war. Die deutsche Politik begann schon in den zwanziger Jahren an der Revision von Versailles zu arbeiten. Im Dritten Reich mündete diese Politik in den Zweiten Weltkrieg.

Deutschland wurde 1945 besiegt, besetzt, amputiert, und in zwei Staaten (und wenn man so will, mit Österreich in drei Staaten) zerschlagen. Ausländische Truppen blieben bis in die neunziger Jahre in Deutschland stationiert, im Westen Deutschlands bis heute.

Deutschland war nach 1945 wieder, wie nach dem Westfälischen Frieden 1648 bis 1870/1871, potentiell Schlachtfeld. In einem Ost-West-Konflikt, wenn er denn ausbrach, war Deutschland als "Kriegstheater" (NATO-Jargon) vorgesehen. Atomraketen der Sowjetunion, der USA, aber auch Frankreichs waren auf deutsches Territorium gerichtet. Ein militärischer Konflikt sollte, soweit möglich, auf Deutschland (und kleinere Nachbarländer) eingegrenzt werden. Der Streit um die Nachrüstung (SS 20, Pershing II) Anfang der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts drehte sich nicht zuletzt um diese Frage.

Diese drastische Darstellung ist notwendig, um deutlich zu machen, um welche Entscheidungen es 1914 eigentlich ging. 1914 begann von deutscher Seite ein kopfloser Krieg, der mit einer Art Wiederholungszwang im Zweiten Weltkrieg 1945 endete. Dem jungen deutschen Nationalstaat war es nicht gelungen, sich in das europäische Mächtesystem einzupassen, einzuordnen, sich mit den Nachbarn so zu arrangieren, daß sie sich mit diesem neuen Machtfaktor abfanden, ihn hinnahmen, dauerhaft akzeptierten.

Nun wäre es verfehlt, dieses Manko allein dem Deutschen Reich zur Last zu legen. Die wechselseitige Akzeptanz neuer Machtverhältnisse ist ein Prozeß, der auch das Verantwortungsbeußtsein der anderen Großmächte mit einfordert und stets Zeit in Anspruch nimmt. Notwendig wäre ein Zusammenspiel gewesen. Die Deutschen orientierten sich am mythischen Vorbild des preußischen Staates, der unter Friedrich II sein Überleben, seinen Aufstieg und die Akzeptanz der anderen Mächte mit militärischen Mitteln erreicht hatte. Es war freilich eine Fehleinschätzung, die das Preußen Friedrich II mit dem Deutschen Reich Bismarcks gleichsetzte. Preußen hatte unter Friedrich II das europäische Machtgefüge nur modifiziert, nicht gesprengt. Das Deutsche Reich von 1870/1871 stellte es in Frage.

Die traditionellen europäischen Mächte, England, Frankreich, Rußland hielten an ihren in Jahrhunderten erkämpften und bewährten Machtinteressen fest. Das multipolare Machtgefüge Europas geriet damit aus den Fugen. Die Mächte fielen auf die traditionelle Form der Krisenbewältigung durch Krieg zurück. Über die verheerenden Konsequenzen war man sich 1914 nicht im Klaren. Europa verlor in den folgenden Kriegen seine Weltstellung.

Kontinuitäten

Vor diesem historischen Hintergrund ist die Wiedererlangung der deutschen Einheit 1989/1990 keine Selbstverständlichkeit. War im Ersten Weltkrieg in den Köpfen der Deutschen angesichts der fast bis Kriegsende 1918 vorherrschenden Siegeszuversicht die Gefahr

einer Zerschlagung des deutschen Nationalstaats kaum präsent gewesen, so schlug sie im Zweiten Weltkrieg spätestens nach Stalingrad 1943 als drohendes "finis Germaniae" voll durch und wurde 1945 bis 1989/1990 Realität.

1989/1990 konnte das kurze Zeitfenster genutzt und die staatliche Einheit Deutschlands unter den einmalig günstigen Umständen wieder hergestellt werden. Die friedliche Revolution der ostdeutschen Bevölkerung von 1989 schuf eine Voraussetzung. Allein entscheidend war sie aber nicht. Die außenpolitischen Kontinuitäten und Interessendifferenzen traten offen zutage. Die deutsche Einheit war kein Selbstläufer, es gab Widerstände.

Vor allem von britischer Seite. Frau Thatcher tat so ziemlich alles, was in ihrer Macht stand, um die Wiedervereinigung zu verhindern. Frankreichs Präsident handelte hinter den Kulissen ebenso. Noch in letzter Minute versuchte er u.a. mit einer Reise nach Kiew und einem dortigen Treffen mit Kreml-Chef Gorbatschow den Lauf der Dinge zu bremsen, um Zeit zu gewinnen und die Entwicklung zu steuern. Allerdings fehlte den ehemaligen Entente-Mächten Großbritannien und Frankreich wie 1918/1919 der Partner im Osten.

Wie Ende des Ersten Weltkriegs war Rußland handlungsunfähig. 1917 hatte die russische Revolution für einige Jahre ein Machtvakuum verursacht. Siebzig Jahre später begann die Sowjetunion ab 1987/1988 zu erodieren und implodierte Anfang der 90er Jahre völlig. Moskau war in dieser Situation nicht imstande und nicht mehr willens, die Entwicklung in Mitteleuropa zu steuern oder aufzuhalten. Rußland zog sich nach der Überspannung und Überbeanspruchung seiner Kräfte in der Sowjetzeit freiwillig hinter seine Grenzen zurück.

Ausschlaggebend für den Erfolg des deutschen Strebens nach Wiedervereinigung waren die USA. Die Weltlage hatte sich seit 1914 in der Tat dramatisch verändert. Die europäischen Mächte waren nicht mehr allein Herr der Entscheidungen. Schon im Ersten Weltkrieg hatten die USA mit ihrem Kriegseintritt 1917 den Ausschlag für den Kriegsausgang zugunsten der Entente gegeben. Im Zweiten Weltkrieg wurden sie im Westen absolut dominant und die Briten sahen sich gezwungen, der US-Politik als Juniorpartner zu folgen. Nach 1945 entstand ein Patt zwischen den USA und der Sowjetunion, das bis 1989/1990 hielt.

Die USA wurden mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion alleinige Weltmacht, eine Situation, die sie tatkräftig zur Zurückdrängung Rußlands nutzten. Im Kontext dieser Entwicklung sahen die USA die Möglichkeit, ihre Interessen über die deutsche Wiedervereinigung zu fördern.

Der Gleichklang deutscher und amerikanischer Interessen in Europa war für beide von Nutzen. Dasselbe galt für den Balkan beim Verfallsprozeß Jugoslawiens. Großbritannien und Frankreich mußten hinnehmen, daß nicht nur die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs, die sog. Nachkriegsordnung von 1945 aufgelöst wurde. Mit Jugoslawien zerbrach auch ein wichtiger Teil der Versailler Nachkriegsordnung von 1919. Für Regierungen, die wie Frankreich und Großbritannien ihre Außenpolitik nicht kurzatmig sondern langfristig ausrichten, war diese Entwicklung ein Schlag ins Gesicht.

Gemildert, wenn auch nicht völlig entschärft, wurden die Interessendifferenzen zwischen dem wiedervereinigten Deutschland und seinen westlichen Nachbarn durch die Europäische Union. Seit der Gründung der Montan-Union 1951/1952 und den Römischen Verträgen von 1957 war Westeuropa ökonomisch zusammengewachsen und hatte - wie Rathenau 1914 richtig erwartet hatte - gemeinsame wirtschaftliche Interessen entwickelt. Die Europäische Union hielt der Belastungsprobe der Umbruchjahre 1989/1990 stand. Ein vielfältiges Beziehungsgeflecht und eine tatkräftige Europapolitik verhinderten Widerstände gegen die deutsche Einheit, wozu es nicht nur aus London und Paris sondern etwa auch aus den Niederlanden und Italien Ansätze gab.

Der gemeinsame Auf- und Ausbau Europas richtete den Blick auf die Zukunft und dämpfte Befürchtungen, die aus der Vergangenheit kamen. Dazu gehörte die Einführung der gemein-

samen Währung. Auch war Deutschlands Dynamik im Vergleich zur Zeit vor dem Ersten Weltkrieg nicht mehr dieselbe. Die zwei verlorenen Weltkriege hatten deutsches Selbstbewußtsein gekostet. Die demographische Entwicklung war im Gegensatz zur Zeit vor 1914 seit 1970 negativ, was auf längere Sicht zu einem Abbruch der ökonomischen Dynamik führen mußte und geführt hat. Deutschland war im europäischen Sinne "domestiziert". Die Kurzformel lautete: kein "deutsches Europa" sondern ein "europäisches Deutschland".

Der Kriegsbeginn 1914 hatte die mangelnde Kongruenz des deutschen Nationalstaats mit dem europäischen Machtgefüge freigelegt, wie es sich seit dem Westfälischen Frieden 1648 herausgebildet hatte. In Ansätzen war eine Lösung von Rathenau erkannt und vorgeschlagen worden. Gegenüber der Vorstellung eines militärischen Durchhauens des Knotens nach preußischem Vorbild konnte sich Rathenau während des Ersten Weltkriegs nicht durchsetzen. Es bedurfte zweier Kriege und der glücklichen Umstände von 1989/1990, um zu einer für Europa und Deutschland verträglichen Lösung zu kommen. Die Kontinuität deutscher Interessen, wie sie Rathenau bereits zu Beginn des Ersten Weltkriegs formulierte, kam 1989/1990 voll zur Entfaltung.

Deutsche Interessen nach 1990

Ein innereuropäischer Interessenausgleich wäre 1989/1990 nicht möglich gewesen ohne die USA.

Die Interessen und der Einfluß der USA überlagerten seit Ende des Zweiten Weltkriegs das alt-europäische Machtgefüge. Europa hatte seine beherrschende Weltstellung verloren. Gleichwohl gilt, daß Deutschland in der Kontinuität der großen Linien der Interessendefinition von Walther Rathenau steht: wirtschaftlicher und politischer Ausgleich im Westen mit Frankreich, wirtschaftliche und damit politische Integration Europas und enge wirtschaftliche Kooperation mit Rußland. Das entscheidende Novum ist der Einfluß der außereuropäischen Macht der USA in Europa, der nach dem Zerfall der Sowjetunion noch deutlicher wurde.

Deutsche Politik ist gut beraten, die Interessenkongruenz deutscher und US-amerikanischer Interessen in Europa im Auge zu behalten und zu erhalten.

Der Fehler, den deutsche Politik Ende des 19. Jahrhunderts machte, als sie den Rückversicherungsvertrag mit dem Zarenreich nicht verlängerte und damit die russische Unterstützung oder zumindest Neutralität gegen wachsende russische Feindseligkeit eintauschte, darf gut hundert Jahre später nicht gegenüber den USA wiederholt werden. Es wird, wie im Irak-Krieg 2003, immer wieder unterschiedliche politische Einschätzungen geben. Den deutsch-amerikanischen Grundkonsens sollte aber deutsche Außenpolitik nicht in Frage stellen. Der Schaden für Europa wäre groß. Die Spaltung in "neues" und "altes" Europa von 2003 wäre dann der Vorbote für kommende Zwickigkeiten, die das Projekt Europa zurückwerfen.

Die Beziehungen zu Rußland bleiben für Deutschland von vitalem Interesse. Das legen schon historische Erfahrungen nachdrücklich nahe. Rathenau hatte den Frieden von Brest-Litowsk vom 3. März 1918 kritisiert, bei dem sich die deutsche Oberste Heeresleitung im Verein mit Vertretern radikaler Kriegsziele gegenüber der jungen Sowjetmacht durchgesetzt hatte. Betrachtet man die heutige Lage aus den Sicht Moskaus, so bemerkt man unschwer, daß sie derjenigen von Brest-Litowsk 1918 sehr nahe kommt. Die baltischen Staaten, die Ukraine, Georgien sind als unabhängige Staaten wiederum aus dem russischen Staatsverband heraus gelöst, Finnland und Polen seit 1919 ohnehin.

Rußland ist weit zurückgedrängt. Es beklagt - ähnlich wie das Deutsche Reich nach dem Versailler Vertrag 1919 im Hinblick die Millionen Deutschen in den abgetrennten Gebieten -, daß nunmehr Millionen Russen außerhalb der eigenen Grenzen leben. Allerdings ist dies nicht die Folge eines Diktatfriedens wie in Brest-Litowsk, sondern der freiwilligen Selbstauflösung der Sowjetunion. Wer mit Rußland langfristig tragfähige Beziehungen pflegen will, sollte dennoch dieses politische Umfeld immer präsent haben. Für die deutsche Politik gilt, daß enge

wirtschaftliche Kooperationen mit Rußland, wie sie schon Rathenau gefordert hatte, helfen können. Auch die Frage einer Ausdehnung der NATO und US-amerikanischer Präsenz in Osteuropa ist in diesem Kontext zu sehen und zu bewerten.

Eine Dauerlösung sind entscheidender Einfluß und Präsenz der USA in Europa nicht. Es muß Ziel der Europäer sein, die Probleme in Europa selbst zu lösen. Nach Außen und nach Innen stabilisierend wird der Auf- und Ausbau der Europäischen Union wirken, die über die Ökonomie hinaus zu einem handlungsfähigen Subjekt der internationalen Politik in der entstehenden multipolaren Welt werden muß. In dem Maße wie das gelingt, kann sich Europa von den USA emanzipieren, können die USA in Europa entlastet werden.

Die überkommenen Probleme aus der Vergangenheit, wie das deutsche Verhältnis zu Großbritannien und das deutsche Sonderverhältnis zu Rußland können mit Hilfe der engen Zusammenarbeit Deutschlands und Frankreichs gemeinsam europäisiert werden. Es bleibt eine Herausforderung, nichts ist selbstverständlich. Das gilt auch für die deutsch-französische Zusammenarbeit, die nie einfach war und es voraussichtlich auch in Zukunft nicht sein wird. Die Bildung neuer gemeinsamer Interessen der Europäer schwebte Rathenau vor. Diese Kontinuitätslinie deutscher Politik ergibt sich aus der Katastrophe von 1914.<<

18.07.2009

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. Juli 2009 (x887/...): >>Tod und Elend auf den Rheinwiesen

Über eine Million Deutsche vegetierten im Sommer 1945 in US-Lagern - Jahrzehntlang tabuisiert

Zwischen März und Mai 1945 gerieten über drei Millionen deutsche Soldaten in US-amerikanische Gefangenschaft. Die Hoffnung, besser behandelt zu werden als im Osten, erfüllte sich bei weitem nicht für alle. Die Schrecken der Rheinwiesenlager sind bis heute nicht vollständig erforscht.

3,4 Millionen deutsche Soldaten waren nach dem 8. Mai 1945 in US-amerikanischer Kriegsgefangenschaft, manche waren schon im Herbst 1944 in US-Gewahrsam gekommen, weitere 250.000 im Januar 1945 nach dem Scheitern der Ardennen-Offensive. Als am 21. April der Ruhrkessel kapitulierte, nahmen die US-Truppen weitere 325.000 Deutsche gefangen. Statt diese vielen Gefangenen ordnungsgemäß unterzubringen und zu verpflegen, wurden sie in improvisierte Lager entlang des Rheins verbracht, die dort seit März auf Weisung von General Dwight Eisenhower eingerichtet wurden.

Deren Schema war simpel: In der Nähe von Dörfern mit Bahnanschluß wurden auf freiem Feld mit Stacheldraht je zehn bis 20 Lagerbereiche für jeweils bis zu 10.000 Mann abgegrenzt. Das Wort "Lager" ist indes bereits eine Beschönigung, weil noch nicht einmal Baracken existierten. Angrenzende Gebäude dienten zur Verwaltung der Camps, anfänglich existierten vielfach weder Latrinen noch Krankenreviere. Da die Gefangenen zu allem Übel auch noch ihre Feldausrüstung abgeben mußten, konnten die meisten der Unglücklichen noch nicht einmal Zelte errichten, sondern vegetierten in Erdlöchern unter freiem Himmel.

Laut verbindlichem Völkerrecht müssen Kriegsgefangene alsbald nach dem Ende der Kampfhandlungen entlassen werden. Nur wenn im Einzelfall der begründete Verdacht auf Mitwirkung an Kriegsverbrechen besteht, kann die Haft fortauern, die dann aber eher einer normalen Untersuchungshaft entspricht. Der ganze Sinn und die einzige Rechtfertigung der Kriegsgefangenschaft besteht schließlich darin, die entwaffneten feindlichen Soldaten an der Wiederaufnahme des Kampfes zu hindern. Kriegsgefangenschaft nach Kriegsende ist darum ein Widerspruch in sich.

Man kann in der Tat davon ausgehen, daß fast alle Gefangenen des Ruhrkessels die 17 Tage bis zum Kriegsende auch bei minimaler Verpflegung und unter freiem Himmel überlebt hätten. Der massive Völkerrechtsverstoß besteht darin, daß die US-Verantwortlichen nicht nur

bei weitem nicht alle Kriegsgefangenen bald nach dem 8. Mai entließen, sondern sogar noch bis Juni 1945 neue Rheinwiesener Lager einrichteten. Insgesamt 18 gab es im Sommer 1945, drei davon lagen auf dem Gebiet des späteren Nordrhein-Westfalens, eines bei Heilbronn (es war zugleich das einzige, das nicht im Wortsinne ein "Rhein"-Wiesener Lager war), die übrigen 14 im Gebiet des späteren Rheinland-Pfalz.

Nur sehr zögernd besserten sich die katastrophalen Lebensverhältnisse. Manche Lager erhielten erst im Juni überhaupt Latrinen, Küchen und Krankenreviere. Bis zu diesem Zeitpunkt waren schon viele Tausende der über eine Million Insassen dieser Lager elend an Hunger und Seuchen zugrunde gegangen.

Am 12. Juni übergaben die US-Verantwortlichen das Kommando der Lager im Gebiet der britischen Zone an die Briten, bis 12. Juli wurden weitere Lager den Franzosen überstellt. Diese entließen die meisten arbeitsunfähigen Gefangenen und verbrachten die übrigen als "lebende Reparationen" zur Zwangsarbeit nach Frankreich - Juristen qualifizieren auch das als klaren Völkerrechtsverstoß, zumal viele dort lebensgefährliche Arbeiten tun mußten, etwa beim Minenräumen.

Als fatal erwies sich für die Insassen der Rheinwiesener Lager, daß die USA ihnen vielfach den Status als Kriegsgefangene rundheraus verweigerten, sondern die Deutschen als "Disarmed Enemy Forces" (DEF) einstufte. Ihnen meinte man mit dieser Einstufung den Schutz der einschlägigen Genfer Konvention von 1929 vorenthalten zu können, was um so fragwürdiger ist, als der DEF-Status (dem im britischen Verantwortungsbereich der Status des Surrendered Enemy Personal/SEP entsprach) erst nach dem 8. Mai 1945 erfunden wurde.

Bis heute sind etliche Fragen über die Rheinwiesener Lager ungeklärt. Das betrifft zuallererst die Zahl der Umgekommenen. Die Spannweite der Behauptungen und Schätzungen ist hier bezeichnenderweise noch größer als im Falle "Dresden". Offiziell etwa 5.000 Tote konzedenieren die USA, von 5.000 bis maximal 10.000 spricht die offiziöse bundesdeutsche Geschichtsschreibung. Am oberen Ende der Skala steht der kanadische Autor James Bacque, der von mindestens 800.000 Toten spricht. Diese enorme Zahl würde freilich eine gravierende Manipulation bei den Vermißtenangaben erfordern. Tatsächlich behauptet Bacque, vereinfacht gesagt, daß rund eine Million angeblich im Osten vermißter deutscher Landsleute in Wirklichkeit im Westen, zumeist eben in diesen Lagern, ums Leben gekommen sei.

Diese Argumentation hat sich nicht durchsetzen können, dennoch halten viele Autoren, darunter die Militärgeschichtler Franz W. Seidler und Alfred de Zayas die offiziellen Verlustzahlen für viel zu niedrig - immerhin gibt es Berichte von Überlebenden, wonach in einzelnen Lagern auf dem Höhepunkt des Elends mehrere Hundert Gefangene täglich starben. Die beiden Historiker sprechen darum von Gesamtverlusten in der Größenordnung von 50.000 bis 100.000 Menschenleben.

Daß im Bereich der Rheinwiesener Lager offenbar bis heute keine Exhumierungen vorgenommen werden dürfen, hat zur Unklarheit beigetragen und auch Spekulationen Vorschub geleistet.<<

01.08.2009

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 1. August 2009 (x887/...): >>Auf Wiedersehen Deutschland

2008 zogen mehr Menschen fort als zu, einige kommen wieder, doch die Besten bleiben häufig in der Ferne

Deutschland scheint vom Einwanderungsland zum Auswanderungsland geworden zu sein. Doch was treibt die Menschen fort?

"Immer dieser zermürbende Schichtdienst und das bei mittelmäßiger Bezahlung. Auf Dauer konnte ich mir das einfach nicht vorstellen." Robert sitzt in seinem Büro im englischen York und faßt minutiös die Ergebnisse medizinischer Forschungsergebnisse zusammen. Der 31jährige Arzt ist die Personifizierung jener Ängste, die die aktuellen Auswandererzahlen des

Statistischen Bundesamtes bei manchen auslösen können: Deutschland verliert seine bestausgebildeten Leute.

Und tatsächlich sind die Zahlen der Behörde dazu angetan, die Zukunft Deutschlands noch kritischer zu betrachten, als es anhand der demographischen Entwicklung und eines riesigen Schuldenberges bereits der Fall ist. Zwar weisen die Statistiker darauf hin, daß aufgrund der Bereinigung der Datenbestände wegen der Einführung der persönlichen Identifikationsnummer einige Unregelmäßigkeiten im Vergleich zum Vorjahr aufgetreten sind.

In der Bilanz ist trotzdem ein klarer Trend erkennbar: Während 2008 738.000 Personen aus Deutschland fortzogen, wanderten nur 682.000 Menschen nach Deutschland ein. Berücksichtigt man nur die Fort- und Zugänge der Personen mit deutschem Paß, so ergibt sich ein Negativsaldo von 66.000. Deutschland verliert also Deutsche, während gleichzeitig weniger Ausländer ins Land kommen.

Hatten sich vor wenigen Jahren noch Politiker und Medien darüber gestritten, ob Deutschland ein Zuwanderungsland sei, wurde es allmählich zum Auswanderungsland. Bereits seit Jahren bietet die Bundesregierung Ausreisewilligen Informationen an. Auch empfiehlt sie ihnen, das Raphaels-Werk zu konsultieren.

Diese 1871 als "Verein zum Schutze Katholischer Auswanderer" gegründete kirchliche Institution sollte die vielen Menschen, die aus Not Deutschland verließen, mit Rat und Tat zur Seite stehen und sie vor rücksichtslosen Agenten schützen. Im 19. Jahrhundert verließen jährlich bis zu 250.000 Menschen das Deutsche Reich, um in die USA und nach Kanada, aber auch nach Südamerika und Australien auszuwandern.

Auch heute noch sind die USA beliebtes Ziel der Menschen, die Deutschland verlassen. 2008 zog es 15.500 deutsche Auswanderer über den Ozean in das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Nur die Schweiz lockt mehr Deutsche an, gefolgt von Polen und Österreich.

"Die Zahlen des Statistischen Bundesamtes überraschen mich nicht. Die Tendenz ist seit Jahren da und sie wird immer intensiver", kommentiert Christina Busch vom Raphaels-Werk in Berlin die Zahlen aus Wiesbaden aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen der letzten Jahre. Sachlich führt sie die Gründe an, die Menschen dazu bewegen, ihrer Heimat den Rücken zu kehren. Viele hofften, im Ausland eine bessere berufliche Perspektive zu haben. Doch bei ihr sind es nicht nur Studenten und Jungakademiker, die um Rat fragen, sondern auch viele Langzeitarbeitslose, die seit vier oder fünf Jahren vergeblich in Deutschland eine Festanstellung suchten und nun vor allem im deutschsprachigen Ausland auf eine Chance setzten.

Hinzu kämen Personen, die einfach eine berufliche Veränderung anstrebten oder von ihrer Firma ins Ausland entsendet würden. Vor allem in Polen seien beispielsweise deutsche Spätaussiedler besonders begehrt, da sie mit ihren deutschen wie russischen Sprachkenntnissen ideal als Brücke der Firmen zwischen Ost und West agieren könnten.

Aber auch aus privaten Gründen zöge es viele über die deutschen Grenzen. Binationale Ehen und Partnerschaften, aber auch Familiennachzug seien hier anzuführen, genauso wie der Wunsch von Ruheständlern, ihren Lebensabend im Ausland zu verbringen. Doch "bekanntermaßen ist das Paradies auf Erden nicht zu finden", so Christina Busch, und so berate das Raphaels-Werk auch Rückkehrer.

Zwei von drei Anfragen dieser Gruppe betreffen Personen, die aus Spanien zurück nach Deutschland wollten. In Spanien sei die Weltwirtschaftskrise deutlich schneller auf dem Arbeitsmarkt angekommen als in anderen Ländern, so daß von dort bereits die ersten zurückkommen. Inwieweit das auch noch die in andere Länder Ausgewanderten betreffe, müsse im Laufe der nächsten Monate näher beobachtet werden.

Doch trotz der äußerst verschiedenen Motive bleibt der Trend erkennbar, daß vor allem junge und gut ausgebildete Leute Deutschland verlassen. Selbst wenn man berücksichtigt, daß infolge der Globalisierung vor allem Unternehmen des Exportweltmeisters Deutschland Personal

ins Ausland entsenden, so wagen auch viele selbständig ihr Glück im Ausland. Vor allem Ärzte und Banker galten in den letzten Jahren als besonders auswanderungswillig. Aber auch Naturwissenschaftler würde es in Länder mit besseren Forschungsbedingungen und vor allem Gehältern ziehen.

Zwar gibt es in keinem anderen Land ein so gutes soziales Netz wie in Deutschland, doch das hält eher die Leistungsunwilligen und -unfähigen beziehungsweise zieht sie an. Die Leistungsfähigen, die das soziale Netz ja finanzieren müssen, schreckt es eher ab, daß ihr Gehalt inklusive Arbeitgeberanteil an den Sozialversicherungen zu fast 70 Prozent vom Staat vereinnahmt wird. ...<<

12.09.2009

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 12. September 2009 (x887/...): >>Familie in akuter Gefahr

Gastbeitrag von Jürgen Henkel

Wenig bemerkt von der breiten Öffentlichkeit hat in den letzten Jahren, vor allem seit der Regierungsübernahme durch Bundeskanzler Gerhard Schröder 1998, still und leise eine schleichende Entwertung der Familie stattgefunden. Heute gilt in Deutschland praktisch die Fristenregelung. Selbst nur minimal behinderte Kinder können bis kurz vor der Geburt abgetrieben werden. Schwule und Lesben dürfen standesamtlich heiraten und werden in manchen evangelischen Landeskirchen schon in einer Hochzeitszeremonie kirchlich "getraut". Jetzt sollen homosexuelle Paare Kinder adoptieren dürfen. Wir erleben eine relativistische Umkehrung aller Werte.

Zwei bayerische Universitätsinstitute wollen nun nachgewiesen haben, daß ein Aufwachsen von Kindern bei einem homosexuellen Paar als "Eltern" dem Kindeswohl nicht abträglich sei. Hier siegt endgültig die Ideologie über das Kindeswohl. Wie soll denn ein Kind, das bei einem gleichgeschlechtlichen Paar aufwächst, das natürliche und von der Schöpfungsordnung Gottes so vorgesehene Zusammenleben von Mann und Frau kennenlernen und erleben und existentielle Erfahrungen sammeln im Aufbau von Beziehungen mit Menschen und Bezugspersonen unterschiedlichen Geschlechts?

Nachdem ohne großes Aufheben die CSU-FDP-Koalition in Bayern im Frühjahr schon auf Druck der FDP die Homoehe auch in Bayern eingeführt hat, wo sie bisher nur als beim Notar eingetragene Partnerschaft möglich war, folgte nun der zweite schwere Schlag für Wertkonservative in der Union, als die bayerische Staatsregierung unter Verweis auf diese Studien ihren Widerstand gegen das Adoptionsrecht für Homopaare zurückzog. Die wertkonservativen Anhänger der CSU sind entsetzt. Die Liberalen triumphieren und brüsten sich noch damit, sie hätten die CSU binnen weniger Monate aus dem Mittelalter ins 21. Jahrhundert geführt. Es ist zu befürchten, daß sich nach dem nationalkonservativen nun auch noch der christlich-wertkonservative Flügel der Union in Luft auflöst.

Der politische Koordinatenwechsel in der Union, der sich auch an Personen wie Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen festmachen läßt, ist deutlich spürbar. Das Wertkonservative droht, sich in folkloristischen Auftritten der Parteiprominenz und pathetischen Worthüllen von Heimat und Verantwortung zu erschöpfen und ist nicht mehr mit konkreten Inhalten verbunden. So bewegt sich die Union in einem fortgesetzten Populismus im Windschatten der linken SPD-Familienpolitik und nährt sich noch inhaltlich von deren Abgasen.

Wer in der CDU läßt sich denn dem wertkonservativen Flügel auf Bundes- oder Landesebene überhaupt noch zuordnen? Annette Schavan, Ole von Beust, Ronald Pofalla oder auch die Kanzlerin sicher nicht. Von der privaten "Familienpolitik" wichtiger Ministerpräsidenten ganz zu schweigen, wiewohl die Anzahl der aktuellen und abgelösten Ehefrauen insgesamt noch nicht das Ausmaß von Gerhard Schröder, Oskar Lafontaine und Josef Fischer erreicht.

Die CDU will den Anschluß an den vermeintlichen "Mainstream" in der Gesellschaft nicht

verlieren. Und die CSU ist ihrem Koalitionspartner FDP ausgeliefert, auch wenn sie vom einflußreichen Chef der Hanns-Seidel-Stiftung und ehemaligen Kultusminister Hans Zehetmair bis zu dem jungen wertkonservativen Europaabgeordneten Martin Kastler aus Franken noch das personelle Potential für andere Schwerpunkte hätte.

Auffällig ist, daß jüngst immer öfter der bayerische Ministerpräsident und CSU-Parteivorsitzende Horst Seehofer wertkonservative Positionen einnimmt. Offenbar gibt es eine Arbeitsteilung zwischen Merkel und ihm: Die Kanzlerin präsentiert sich präsidial-liberal für breite Schichten, der kernige und charismatische Bayer hingegen kümmert sich um die arg vernachlässigten Stammwähler.

Diese ganze Entwicklung kommt freilich nicht von ungefähr. Linke SPD-Politiker und grüne 68er-Ideologen haben auf ihrem Weg in die hedonistische Spaßgesellschaft ihren Marsch durch die Institutionen in Politik, Medien und Justiz auf diesem Politikfeld so gut wie zu Ende gebracht und eine tiefgreifende Veränderung der Gesellschaft erreicht.

Und es herrscht Korpsgeist unter den Genossen zwischen den Institutionen, wenn es darum geht, die Gesellschaft im Sinne progressiver Ideologien und Spontikultur zu verändern. Da sind die linken Reihen immer fest geschlossen, wenn es gegen Kirche und Papst, Familie und Werte, Bundeswehr und Vergangenheitsbewältigung linker Diktaturen geht.

Ein Ausgangspunkt der familien- und gesellschaftspolitischen Umerziehung der Menschen in Deutschland durch die Medien war der politisch stets korrekte ARD-Serienlangweiler "Lindenstraße" in den 80er Jahren. Nicht nur, daß dort Konservative stets als böse Spießer wie Hausmeisterin Else Kling und die Spontis als lebensfrohe Persönlichkeiten dargestellt wurden, sondern diese Serie hat erstmals breitenwirksam an einem schwulen Paar die Normalität homosexuellen Zusammenlebens gezeigt. Die (teilweise unfreiwilligen) Homo-Outings von Alfred Biolek bis Hape Kerkeling und von Wowereit bis Westerwelle sind da nur eine logische Konsequenz.

Im politischen Bereich trägt dieser erfolgreiche Marsch der Linken durch die Institutionen in gesellschaftsverändernder Absicht einen Namen: Brigitte Zypries. Seit 2002 gestaltet diese SPD-Linke als Bundesjustizministerin die deutsche Gesellschaft "erfolgreich" im Sinne linker Ideologien um. Auf ihr Konto gehen Gesetze und Initiativen zur rechtlichen Gleichstellung homosexueller Beziehungen. Auf der Homepage ihres Ministeriums wirbt sie für die "Regenbogenfamilie", wie das euphemistisch propagiert wird, unter dem Motto: "Familie ist, wo Kinder sind." Dabei bekommt sie Unterstützung von unerwarteter Seite, ein evangelischer Landesbischof äußerte sich nun ähnlich.

Die linken feministischen Ideologien nehmen familienpolitisch viele Formen an, so etwa die Forderung nach möglichst unmittelbar ab der Entbindung einsetzender staatlicher Krippenbetreuung für die Kinder. Trotz Komasaufen und Amokläufen von Schülern, Abnahme der Sozialkompetenz und zunehmender geistiger und sittlicher Verwahrlosung der Jugend, die nur durch verstärkte Erziehung im Elternhaus und in der Familie nachhaltig bekämpft werden kann, werden Mütter, die ihre Kinder bis zum dritten Lebensjahr bewußt selbst zu Hause erziehen wollen, mittlerweile von der linken Emanzen-, Polit-, Karriere- und Kulturschickeria belächelt und nicht erwerbstätige Hausfrauen, die sich Haushalt und Kindererziehung widmen, fast schon als geistig zurückgebliebene Sozialschmarotzerinnen diffamiert.

Die Liebe besonders der Karrieregenossinnen zum Kind spiegelt sich im Wahlkampfteam von Kanzlerkandidat Steinmeier: Zehn ambitionierte Frauen im Durchschnittsalter von 52 Jahren bringen es zusammen auf fünf Kinder. Zufall?

Die rot-grüne Bundesregierung hat wirtschafts- und bündnispolitisch viele Probleme hinterlassen. Doch die gravierendsten Schäden mit Spätfolgen haben Schröder & Co. in der Gesellschaftspolitik angerichtet. Die Union setzt diese Politik fort und wundert sich, daß sie bundesweit nicht mehr die 40-Prozent-Hürde überspringt.

Wenn Wowereit und Andrea Nahles die Führung der SPD nach der wohl verlorenen Bundestagswahl übernehmen, werden sie die Partei auch inhaltlich schärfer profilieren, wahrscheinlich aus der dafür komfortableren Position der Opposition heraus. Die Union muß sich dafür auch von ihrem Ideen-, Prinzipien- und Werteangebot her neu aufstellen und rüsten, besonders für ihre Stammwähler.

Dr. theol. Jürgen Henkel, Jahrgang 1970, ist Pfarrer der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Journalist und Publizist. Er promovierte 2001 über den orthodoxen Theologen Dumitru Staniloae und leitete von 2003 bis 2008 die Evangelische Akademie Siebenbürgen (EAS) in Hermannstadt.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 12. September 2009 (x887/...): >>**Frisierte Geschichte**

Die Ausstellung "Deutsche und Polen" in Berlin: Eine sagenhafte Fehlleistung

Die Geschichte zweier Nachbarvölker kann so einfach sein: Hier die ewig Bösen, dort die reinsten Engel - so jedenfalls zeigte es das "Deutsche Historische Museum" in Berlin.

Die polnische Zeitung "Polska" schrieb anlässlich des Gedenkens zum Kriegsausbruch in Danzig: "Donald Tusk kann Angela Merkel herzlich begrüßen, weil es zwischen Polen und Deutschland keine großen Unterschiede in der Interpretation der Ereignisse aus den Jahren 1939-1945 gibt."

Das hat auch die nun im Deutschen Historischen Museum zu Ende gegangene Ausstellung über Polen und Deutsche gezeigt, die aus dem Topf des Kulturstaatsministers mit 650.000 Euro finanziert worden ist. Der Untertitel lautete "Abgründe und Hoffnung", wobei die Deutschen für die "Abgründe" zuständig waren.

Der Besucher betrat den Ausstellungsraum, der in hellen Farben gehalten war, und wurde über die Vorgeschichte informiert. Sowohl über die Polen-Begeisterung der Deutschen im 19. Jahrhundert als auch über angebliche "verschärfte Germanisierungspolitik" in der Bismarck-Zeit und andere deutsche Gemeinheiten. Mal wurden Polen zwangsweise ausgewiesen. Dann, im Ersten Weltkrieg, wurden polnische Saisonarbeiter an der Heimreise gehindert, weil ihre Arbeitskraft unentbehrlich war. Eigentlich haben die Deutschen die Polen schon immer mies behandelt, so der Tenor der Ausstellung.

Die Gründung des polnischen Staates durch Deutschland und Österreich-Ungarn 1916 ist natürlich nur aus eigennützigen Motiven erfolgt: "Sie hofften, auf diesem Weg leichter polnische Soldaten für ihre abgekämpften und ausgezehrten Armeen rekrutieren zu können." Erst US-Präsident Woodrow Wilson habe den polnischen Staat dann möglich gemacht.

Die Zeit des Zweiten Weltkriegs wurde in einem Raum gezeigt, der in Schwarz gehalten war, um die "Abgründe" zu illustrieren. Die Frage, wie es dazu kommen konnte, daß die Deutschen nach 1939 so gleichgültig bis ablehnend Polen gegenüber eingestellt waren, blieb unbehandelt. Kein Wort über die Attacken Polens gleich nach dem Ersten Weltkrieg, die Blockade-Politik am "Polnischen Korridor" und die Unterdrückung der deutschen Volksgruppe in Polen. Bei der Behandlung des Holocaust fahndet der Besucher vergeblich nach deutlichen Hinweisen auf polnische Komplizenschaft - Stichwort "Jedwabne".

Der folgende Ausstellungsraum zeigte dann die Zeit nach der deutschen Besatzung. Auch die Vertreibung der Deutschen wird dort erwähnt, aber sie erscheint vergleichsweise unbedeutend vor dem Hintergrund der vorausgegangenen Verbrechen. Von Hunderttausenden von Toten und Millionen Vertriebenen ist die Rede. Doch die Wände sind jetzt wieder heller. Den Abschluß bildet ein Raum über die Annäherung nach dem Krieg.

Die Reaktionen auf die Ausstellung fielen unterschiedlich aus. Zahlreiche Medien waren voll der Begeisterung. So war die Ausstellung, die von Deutschen und Polen gemeinsam erarbeitet worden ist, für eine große Tageszeitung ein "kleines Wunder". Noch nie sei die brutale Geschichte der beiden Völker so umfassend gezeigt worden. Viele Leser der Internetseite des

Blatts sahen es anders und drückten ihre abweichende Meinung durch zahllose Kommentare aus. Die Redaktion war tagelang damit beschäftigt, die entsprechenden Beiträge wieder zu löschen.

Dagegen schrieb Thorsten Hinz in der "Jungen Freiheit": "Wer nach historischer Aufklärung sucht, kann sich den Museumsbesuch also ersparen. Wer aber Einblick in geschichtspolitische Machtverhältnisse und in den Dienstboten-Charakter von Teilen der deutschen Geschichtswissenschaft gewinnen will, der findet hier Anschauungsmaterial im Überfluß."

Martin van Creveld, der renommierte israelische Militärhistoriker, sagt in der aktuellen Ausgabe des "Focus" über die Ausstellung: "Ich meine, die Teile, die sich mit dem Zweiten Weltkrieg beschäftigen, sind sehr gut - es ist kaum möglich, das Leid zu übertreiben, das Deutsche in dieser Zeit den Polen zufügten. Andererseits finde ich, daß alles, was davor geschehen ist, auf sehr einseitige Weise dargestellt wird. Es sieht aus, als wären die Deutschen, mit Friedrich dem Großen beginnend, durchweg Verbrecher gewesen und die Polen allesamt Engel. Wenn ich Deutscher wäre, würden mich diese Teile der Ausstellung sehr ärgerlich machen. Als Historiker ebenfalls!" <<

14.11.2009

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 14. November 2009 ([x887/...](#)): >>>**Billiger Provokateur**

Das neue Goldhagen-Buch widerstrebt selbst den Anhängern des Zeitgeistes

Für Provokationen ist Daniel Jonah Goldhagen immer gut. Hatten vor allem viele Deutsche nach seinem Erstlingserfolg "Hitlers willige Vollstrecker - Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust" aus dem Jahr 1996 gehofft, nie wieder etwas von diesem als Schmierfink wahrgenommenen Politikwissenschaftler zu hören, so legte er 2002 mit "Die katholische Kirche und der Holocaust - Eine Untersuchung über Schuld und Sühne" nach.

Vor wenigen Wochen folgte nun "Schlimmer als Krieg - Wie Völkermord entsteht und wie er zu verhindern ist". Selbst die in Sachen Goldhagen zuvor wohlwollende "Zeit" spricht von einem "Totalausfall", doch trotzdem konnte sich der 1959 geborene Sohn eines Holocaustüberlebenden über ein großes Medieninteresse freuen. Zwar konnte er nicht genauso viele Einladungen in Talkshows wie 1996 verbuchen, doch mit seinem Vorschlag, die Weltgemeinschaft solle doch ein Kopfgeld auf Massenmörder aussetzen, gelang es ihm, genügend Werbung für sein Buch machen.

Dieses kommt in seiner Gesamtheit zwar seriöser daher, als man es bei seinem Autor vermutet, doch das liegt daran, daß auch Goldhagen nicht 684 Seiten am Stück provozieren kann. Gleich sein erster Satz dürfte in den USA für Erschütterung gesorgt haben: "Harry Truman, der 33. Präsident der Vereinigten Staaten, war ein Massenmörder."

Wer jetzt als Deutscher jedoch denkt, daß seine Vorfahren dieses Mal besser davonkommen als bei "Hitlers willige Vollstrecker", nur weil das Buch mit Trumans Schuld am Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki beginnt, irrt. Ziel des Autors war die größtmögliche Provokation und dafür mußte er sich eben etwas Neues einfallen lassen.

Trotz aller Emotionen und Widerworte, die der seit seinem ersten Bucherfolg nicht mehr in Harvard Lehrende auslöst, bietet sein Buch so manche Aha-Momente. Das liegt nicht nur an der durchschaubaren Art, wie der Autor, auf den Zeitgeist reagierend, Schlagzeilen zu machen hofft: So manche der von ihm gestellten Fragen im Zusammenhang mit Völkermorden sind durchaus aufschlußreich und in die Tiefe gehend. Das gilt jedoch nicht für seine Antworten.

Warum wird die Vernichtungsmaschinerie in Gang gesetzt? Warum werden manche Gruppen zur Eliminierung vorgesehen und andere, sogar im selben Land, nicht? Warum wird für eine zur Eliminierung vorgeschlagene Gruppe die Vernichtungsvariante gewählt? Warum beginnt der Vernichtungsangriff dann, wenn er es tut? Warum bleiben Menschen angesichts derartiger Greuel untätig? Dies sind nur einige der durchaus bedeutungsvollen Fragen, die der Autor

stellt. Zur Beantwortung zieht der Autor Völkermorde der Vergangenheit heran und geht dabei auf ihre Muster und Ursprünge ein.

Deutsche, Türken, Serben, Indonesier, Kambodschaner, aber auch Chinesen und Russen werden als Täter vorgestellt, die sich aus den verschiedensten Gründen zum Morden hätten verführen lassen. Hier betont Goldhagen jedoch ausdrücklich, daß es für ihn keine Kollektivschuld gebe, bestenfalls würden viele eines Volkes kollektiv schuldig. Doch von seiner bereits 1996 weltweit diskutierten These, daß die Deutschen besonders anfällig für den Massenmord an den Juden gewesen seien, weil sie den Antisemitismus tief verinnerlicht gehabt hätten, läßt er nicht ab.

Plakativ greift er einige Beispiele früherer Völkermorde heraus, um Antworten auf die Fragen zu geben. Effektheischend baut er einige deftige Zeitzeugenberichte ein, um seine zuvor aufgestellten Thesen zu belegen. Gegen Ende gibt er dann sehr eigenwillige Ratschläge, wie die Welt in Zukunft Massenmorde verhindern kann.

Bereits diese Ratschläge zeigen, daß Goldhagen zwar älter, aber nicht weiser geworden ist. Die Kritik an seinen vorherigen Publikationen hat ihn nicht zu einem wissenschaftlicheren Arbeiten bewegen können, so daß auch "Schlimmer als Krieg" letztendlich auf dem Niveau einer "Bild"-Zeitung hängen bleibt.

Daniel Jonah Goldhagen: "Schlimmer als Krieg - Wie Völkermord entsteht und wie er zu verhindern ist", ... München 2009 ...<<

01.12.2009

Belgien: Der Vertrag von Lissabon tritt am 1. Dezember 2009 in Kraft.

Dezember 2009

BRD: Horst Koch berichtete im Dezember 2009 in seinem Internet-Blog "www.horst-koch.de" (x958/...): >>Minarette - Schwarze Wolken in Europas Himmel - ein arabisch-christlicher Islamwissenschaftler nimmt Stellung -

Fouad Adel

Ja, zu den Türmen der Kirchen, Nein zu den Minaretten:

Nach der Volks-Abstimmung in der Schweiz vom 29.11.2009 mit dem Ergebnis von 57,5 % für das Verbot zum Bau neuer Minarette, verbreitete sich die Nachricht in den westlichen und arabischen Medien wie ein Lauffeuer. Die Nachricht warf viele Reaktionen auf unter den Experten, Entscheidungsträgern. Multiplikatoren in Politik und Gesellschaft. Diese Entscheidung bedeutet in der Praxis, daß der dritte Absatz in Artikel 72 der Schweiz. Bundesverfassung geändert werden muß in: "Der Bau von Minaretten ist verboten".

Neu auf der Ebene der Aufnahme von ungeliebten Nachrichten in islamischen Ländern ist, daß dieses Mal die Muslime bis jetzt kaum rebelliert haben gegen die Schweiz, deren Bevölkerung und Regierung. Sie haben nicht auf den Strassen protestiert, wie bei ähnlichen Gelegenheiten zuvor, zum Beispiel im Falle der Mohammed-Karikaturen. Scharfe Kritik gab es nur von ein paar radikalen muslimischen Diktatoren, in deren Ländern Menschenrechte und Demokratie keine Bedeutung haben.

Aber in verschiedenen Zeitungen und Medien der Schweiz war einerseits die Rede von "Angst und Unwissenheit" und "Verwirrung zwischen Unwissenheit und Verirrung", betreffend die Frage, welche Schweizer wirklich damit einverstanden sind, den weiteren Bau von Minaretten in ihrem Land zu verbieten. Auf der anderen Seite gehen die Schweizer Volkspartei und europäische Rechts-Parteien davon aus, daß der Versuch, Europa zu islamisieren der Hauptgrund ist für dieses Ergebnis: "Nein zu den Minaretten."

Ich hasse dich, weil du anders bist:

Es ist vielfach nicht unbedingt eine Frage der momentanen "Stimmung der Schweizer", die vielleicht nicht so gerne die Minarette in den Himmel des Alpenlandes ragen lassen wollen. Also die Frage ist weniger, wie manche denken, die der naiven Konfrontation: "Ich verbiete

dir, weil ich das Sagen habe!" oder gar "Ich hasse dich, weil du anders bist!"

Gemäß meiner Erfahrung (und der arabischer Christen über Jahrhunderte) - geht es im Grunde, bewußt oder unbewußt, um sehr viel mehr. Nein, es ist ein Verbot für den Geist, der sich hinter der Minarett-Kultur verbirgt. Es steht für die Absage an vielgesichtige islamische Mentalitäten, die für Allahs Weltherrschaft leben, die bedingungslos der Lehre des Korans glauben: "Ich erhalte Herrschaft über deine Kultur, über dein Land, über deine Politik, über dein christliches Erbe, über deinen Glauben, und über deine Identität". Einfacher gesagt:

"Gib mit mir dem Allah des Korans (auch) Respekt bzw. Ehre" bedeutet für Muslime nicht "Toleranz auf Augenhöhe", wie unter europäischen Humanisten anscheinend selbstverständlich, sondern bestätigt sozusagen auf kleinstem Nenner: "Ich habe dich besiegt, ich habe dich erniedrigt" - sozusagen als erstes Dihad-Ergebnis.

Nicht umsonst sagte der biblische GOTT im Alten Testament zu seinem Volk: "Der Fremdling, der bei dir ist, wird über dich steigen und immer oben schweben; du aber wirst heruntersteigen und immer unterliegen. Er wird dir leihen, du aber wirst ihm nicht leihen; er wird das Haupt sein, und du wirst der Schwanz sein. (5. Mose 28,12)

Eine scharfe Debatte.

Die Geschichte der ersten Minarette in der Schweiz: Als erste Schweizer Moschee mit Minarett wurde 1963 die Mahmud-Moschee in Zürich eingeweiht. Damals reagierte die Bevölkerung wohlwollend auf das Bauwerk. Es zeigte in den Augen vieler die Weltoffenheit Zürichs. Mittlerweile sind drei weitere Moscheen mit Minarett dazugekommen:

Das zweite Minarett gehört der Islamischen Kulturstiftung in Genf (am Wohnort des saudischen Königs Faisal bin Abdul Aziz in 1972) und wurde auf Initiative des 1953 verstorbenen saudischen Königs Khaled bin Abdul Aziz Al-Saud gebaut und 1978 in Anwesenheit des Bundespräsidenten der Schweiz, Willy Ritschard, eingeweiht. Die Kosten für das Grundstück, den Bau und die Ausstattung im Umfang von rund 21 Millionen Schweizer Franken wurden von der Regierung Saudi-Arabiens allein getragen. Die zwei anderen Moscheen mit Minarett stehen in Winterthur und Wangen bei Olten. Daneben gibt es in der Schweiz rund 150 öffentliche Gebetsstätten.

Der Beginn der scharfen Debatten über die "Prävention von Minaretten" in der Schweiz ist im Januar 2005, als eine türkisch-islamische Organisation in Wangen bei Olten das Projekt bekanntgab, "ein symbolisches Minarett" von fünf bis sechs Metern Höhe zu bauen. Das Projekt wurde von den kantonalen Behörden abgelehnt, weil "die Minarett-Höhe nicht die Benutzung des Platzes für religiöse Zwecke und die Praxis der zeremoniellen Gebete" erhöht oder verringert, wie es sinngemäß in der Entscheidung des zuständigen Verwaltungsgerichts hieß.

Minarette - Symbol der islamischen Herrschaft:

Die Geschichte des Minaretts, wie sie aus historischen und islamischen Quellen hervorgeht, zeigt, daß Minarette als "Symbol der islamischen Herrschaft " dienten, die später erfunden wurden, um den islamischen Sieg über die eroberten Länder zu beweisen.

So war zum Beispiel die Masjid al-Nabawi Moschee in Medina (zweitheiligste Stätte der Verehrung für Muslime nach der Großen Moschee in Mekka), 88 Jahre lang ohne ein Minarett. Dort hatte der Prophet des Islam gesagt: Das Gebet in meiner Moschee ist besser als tausend Gebete anderswo, außer in der Heiligen Moschee / Sahih Muslim: Nr. 1394). Das war zur Zeit der Moschee-Gründung während der ersten Migration des Propheten in Medina am 12. März 622 n. Chr. Erst der Omajjadenkalif Walid bin Abdul Malik befahl in Medina dem Omar bin Abdul Aziz, vier Minarette an den Ecken der Moschee zu bauen.

Andere muslimische Glaubensrichtungen sind in islamischen Ländern verboten:

In Ägypten wurden und werden (akut nach der Schweizer Initiative) nicht nur die Kopten verfolgt, auch der bahaitisch-islamische Glaube ist verboten und es ist ihnen nicht erlaubt, Gebetsräume zu eröffnen. Ähnlich wie den Christen der Kirchenbau, ist in Ägypten auch schiiti-

schen Muslimen der Bau eigener Gebetsräume untersagt. Einzig die radikal-sunnitische Muslimbruderschaft fordert die Vereinigung von Sunniten und Schiiten zum Kampf gegen die "Kuffar = Lebensunwürdigen = Juden und Christen", vgl. http://de.qantara.de/webcom/show_article.php/_c-468/_nr-1147/i.html

Andererseits ist im Iran der Bau von sunnitischen Moscheen verboten. Wiederum in anderen arabischen Ländern mit sunnitischer Bevölkerungsmehrheit ist es verboten, schiitische Moscheen "husseiniyyas" zu erbauen: Die saudischen Behörden z.B. haben im Juni 2008 in der Provinz Khuber drei schiitische Moscheen geschlossen.

Interessant zu unserem Thema ist, was www.Jihadwatch.org schreibt: "Tatsache ist, daß saudi-wahhabitische Moscheen keine Minarette haben, weil diese als eine Lästerung (bid'a) betrachtet werden." Moscheen können also sehr gut funktionieren ohne Minarette. In der Schweiz gibt es übrigens seit Jahren mindestens 150 Moscheen!

Das erste Minarett.

Einige Autoren schreiben den ersten Bau eines "Minaretts" um das Jahr 705 n. Chr. der Regierungszeit des Umayyaden-Kalifen Walid zu. Die Umayyaden verlegten damals die Hauptstadt des politischen Islam von Mekka nach Damaskus. Dieses "Minarett der Braut" (es ist auch bekannt als Minarett Alclasp oder "Das weiße Minarett") in der großen Umayyaden-Moschee ist demnach das älteste und erste Minarett in der Geschichte des Islam.

Das Minarett ist auch ein politisches Symbol:

Vorgänger der heutigen Umayyaden-Moschee in Damaskus war der ca. 31 vor Chr. gebaute Jupitertempel als "hoher Platz", es folgte im 4. Jh. eine Basilika, die Johannes dem Täufer geweiht wurde. Nach der islamischen Eroberung der christlichen Hauptstadt Damaskus 635 n. Chr. und dem Eindringen von Khaled bin Waleed und Abu Obeida elgarah wurde die Hälfte als Moschee weggenommen, aber die andere Hälfte blieb zunächst Kirche. Muslime sowie Christen verehrten dortige Reliquien von Johannes dem Täufer. Bis 705 n. Chr. wurde dann im Auftrag des Omajjadenkalifs Walid bin Abdul Malik das ganze Gebäude zur Moschee umgebaut.

Der Bau von Minaretten begann als Reaktion auf die Türme der christlichen Kirchen in Ländern, die der Islam eroberte. Sie kommen nicht aus der islamischen Geschichte selbst, wie viele glauben, nicht als integraler Teil der Moschee. Die Kirchtürme ihrerseits waren Symbol für die Erhabenheit des Ortes, in dem die Lehre Jesu Christi gepredigt wird, damit Menschen zum ewigen Jesus - der im Himmel ist - finden können und durch IHN den Weg zur Gemeinschaft mit GOTT als Vater.

Daher das entsprechende Bild der Kirche, der Kathedrale, die als ein "hoher Platz" auf die "Höhe von Christus" hinweist, und der Weg durch diesen hohen Raum zu dem Hohen GOTT. Aber diesen Inhalt kennt der Islam nicht und lehnt ihn vehement ab.

Das Minarett - Islamische Herrschaft über das christliche Damaskus:

Wenn wir die Geschichte von Damaskus, wo die ersten Minarette "gepflanzt" wurden, lesen, sehen wir, daß der Ort vor der Eroberung durch die islamische Armee für die Christen zentral war, um die Lehre Christi zu predigen.

Damaskus fiel im Jahre 333 v. Chr. in die Hände von Alexander dem Großen, dem dann die römischen und griechischen Zivilisationen folgten. Später wurde Damaskus ein wichtiger christlicher Ort, zur Wiege des Christentums, die viele Heilige und Apostel "hervorbrachte, welche die Lehre JESUS überall in der damaligen Welt predigten, vor allem Apostel Paulus, der sich in Damaskus zu dem Herrn Jesus bekehrt hat" (Apostelgeschichte 9).

Das Minarett-Symbol geschichtlich verstehen.

Nachdem Damaskus in die Hände der muslimischen Eroberer gefallen war, erschien es notwendig, den Charakter der Stadt von Grund auf zu ändern. Mit ihrem ehemals führenden christlichen Charakter wurde sie zu einem "Ort des Islams". Das bezieht sich auf die Identität

des Siegers. Das Minarett, als "Symbol des neuen Ortes der Sieger", wurde auf den Ruinen des vormaligen "Großen Doms" als Ort, der ein für allemal besiegt sei, erbaut. Hiervon kann man das symbolische "Minarett-Verständnis" in die heutige Geschichte des politischen Islam übertragen, das Minarett als Symbol für den "Ort der Starken, der Sieger" oder für den "Ort der Eroberer".

Jedenfalls wurde Damaskus Stück für Stück von der "Heimat der Christen" in das "Haus des Islam" transformiert. Ein anderes Beispiel, der Qutb Minar in New Delhi (Indien): Nach dem Sieg der Moslems über die Hindus um das Jahr 1200 begonnen, zwischen 1211 und 1236 als Siegesturm bzw. Minarett fertig gestellt, zum Zeichen der Herrschaft des Islams über besiegte Hindus. Die Osmanen führten die Tradition fort. In Jahrhunderten entstand so ein Islamischer Code:

Minarette als Demonstration des islamischen Codes, das Land zu erobern, bzw. das Land zu islamisieren. Denn nichts anderes ist heilige Pflicht der Muslime. Das Minarett ist bei Weitem mehr als ein "architektonischer Dekor", es ist ein Beweis des islamischen Sieges und der Herrschaft über dieses Land. Man erinnere sich nur an Erdogans Rede in Köln vor wenigen Jahren. Nicht umsonst sagen uns türkische Nachbarn recht freundlich: "Diesmal erobern wir Euch und Europa über die Geburtenrate".

Jonathan Bloom, Professor für Geschichte an der "Boston University" und Spezialist für die Geschichte der Minarette, bezeichnete Minarette als (zunächst) "stille Symbole". Man kann sie als ein Signal verstehen des Wachstums des Islam, der den Sieg hat über alle anderen Religionen und (aus Sicht des Islam) degenerierten Kulturen.

Die deutsche FAZ schreibt am 1.12.2009: "Die Frage, ob ein Minarett die Verkörperung aggressiven islamischen Herrschaftsdrangs oder nur das harmlose Symbol einer friedlichen Religion sei, hätte Sultan Mehmed II. vermutlich nicht einmal verstanden. Selbstverständlich ließ der Osmanenherrscher nach der Eroberung Konstantinopels im Jahr 1453 die Hagia Sophia, schon damals ein jahrhundertealtes Zentrum der Christenheit, umgehend in eine Moschee umwandeln.

Zu den ersten Befehlen des Sultans nach der Einnahme der Stadt gehörte deshalb die Anordnung, der Hagia Sophia als unübersehbares Zeichen der neuen Herrschaft ein Minarett aus Holz hinzuzufügen. Bald wurde die hölzerne Übergangslösung durch vier Minarette aus Stein ersetzt, die noch heute das Aussehen des weltberühmten Bauwerks prägen.

Bei dem mittelalterlichen Siegeszug der Osmanen über die orthodoxen Staaten des Balkans, also über Bulgarien und Serbien, aber auch später über die katholischen Ungarn war es nicht anders. Die Errichtung von Minaretten in früheren Kirchen gehörte zu den ersten Manifestationen einer Herrschaft, die zumindest in den südlichen Gebieten des Balkans bis 1912 dauern sollte. Daß die aufständischen Balkanvölker in ihren Kämpfen gegen die Türken dann bevorzugt Moscheen und Minarette zerstörten, war die Kehrseite."

Muslime versagen sich sozialer Integration:

Die Plakate der "Volksinitiative zu Minarett-Verbot" zeigten die Minarette so, wie sie seit Jahrhunderten sind. Die schwarze Farbe warnte davor, die Schweizer Kultur "durchlöchern" zu lassen. Die schwarz verummte Frau symbolisierte, was letztlich die Schweiz und Europa erleben dürfen, wenn das Scheitern der Integrationspolitik in Europa fortschreitet.

Immer mehr Muslime, gerade auch Frauen, versagen sich der Integration, verstärken über die "Kulturvereine" ihre islamische Mentalität - als muslimisch "Aktive" mißbrauchen sie die europäischen Bürgerrechte, und ihre Staatsbürgerschaften um sich gegen europäische Standards (Sprache, Kultur, Denkweise, eine Philosophie des Lebens) abzugrenzen.

Sorge über europäische Identität:

Ausgehend von Fehlern in der europäischen Politik der Integration und dem Mythos der Entwicklung zum "europäischen Islam" begann die aktuelle Debatte. Zur Hilflosigkeit gegen Ter-

rorakte gesellen sich für den Europäer die Sorgen über die Zukunft der europäischen Freiheits- und Privatsphäre sowie die Vermischung mit den Identitäten der Immigranten, vor allem der "islamischen Identität", deren Gewicht in Europa von Tag zu Tag zunimmt.

Trotz aller staatlichen Bemühungen ist es mit diesem Anliegen nach den Ereignissen vom September 2001 kaum besser geworden. Nachdem Europäer zum Islam konvertieren und die Muslime ihre Identität vermehrt demonstrativ vorführen (z.B. Kopftuchstreit, Drohbotschaften in den Medien), entwickelt sich zunehmend "echte Angst" vor dem Islam.

Keine theoretische Angst:

Es ist offensichtlich, daß die Muslime, die blind an die Lehren des Koran glauben, den terroristischen "Jihad" als Allahs gegebenen Weg erklären, um Europa zu islamisieren.

Im Zusammenhang mit der Angst vor der Islamisierung Europas und vor der islamischen Lehre, die mit der Kultur des Minaretts bewaffnet ist, einer "Kultur der Eroberung" gegenüber der europäischen Kultur, die offen ist, entstanden Meinungen, daß eine solche europäische Angst vor dem Islam eine faschistoide Angst vor jedem Anderen, was immer "fremd" erscheint, sei. Daß die Angst in Europa diese Ansicht nicht unterstützt, sondern widerlegt, zeigt die Tatsache, daß in der Schweiz den Tempeln anderer Religionen (Hindus, Buddhisten oder der orthodoxen Kirche und anderen nicht die gleiche Haltung wie der "Kampagne zur Minarett-Verbot" gegenüber steht. Dies zeigt, daß die Angst der Schweizer und der übrigen Europäer vor dem Islam in diesem selbst begründet ist.

Gründe für das Minarett-Verbot:

Jean-François Mayer, als religiöser Soziologe einer der bedeutendsten Experten zur Zukunft der Religionen und Autor von "Internet- und Religionsfreiheit" (2008), gibt vier Hauptgründe an, welche die Mehrheit der Schweizer bei der Abstimmung motivierten:

Die Minarette gehören nicht zur Schweizer Kultur und Gesellschaft;

Der Islam ist mehrheitlich intolerant (Bauverbot von Kirchen in islamischen Ländern, massive Christenverfolgungen bzw. Zwangsislamisierung);

Angst vor den Auswirkungen der weiteren Ausbreitung des Islam;

Muslime sollen sich anpassen und wirklich integrieren.

Eigenartiger, muslimisch-orientalischer Wahrheitsgeist:

Der Koran gilt als absolute von Allah gegebene Wahrheit, die nicht hinterfragt werden darf. Aber: Nach der muslimischen Lehre - wenn zwei Muslime übereinkommen, was wahr sei, darf dies als anerkannte Wahrheit gelten. Der Muslim darf in bestimmten Fällen und wenn erforderlich untreu sein und lügen, so im Heiligen Krieg zur Ausbreitung des Islam bzw. gegenüber den "Kuffar = Lebensunwürdigen". Die Scharia als muslimisches Glaubens-, Politik- und Rechtssystem steht über allen anderen Systemen.

Den Grünen "Multi-Kulti-Freunden" sind derlei Grundhaltungen entweder unbekannt oder einfach zu unglaublich. Globale Heilsprediger wiederum malen sich eine friedliche "Neue-Welt-Ordnung" aus, nach Barack Hussein Obamas Devise "We all are ONE, each in its individual divine nucleus". ...

Europäische Abwehrhaltungen der Elite und Leute auf der Straße vor der "Kultur der Minarette" besagen, daß ihre Sorgen sich nicht gegen Muslime richten, weil diese ihren Allah verehren. Viele Europäer sind nur bestürzt über "einen muslimischen Geist und das muslimische Denken", der unbedingt alle Gedanken in sein Denken zieht, alle Himmel in seinen Himmel und alle Höhe unter seine Minarette.

Mein Fazit:

Alles ist meinerseits weniger eine Frage der "Freiheit der Religionsausübung" oder "Freiheit zu verehren, wen oder wie man möchte oder was man will", sondern es ist eine Frage der Menschenrechte - also bitte: "Laßt mir meine Freiheit, die ich lebe, Freiheit, die meine Kultur ist, die Glaubens- und Gewissensfreiheit ist."

Pastor Fouad Adel M.A., Dezember 2009 ...<<

2010

Von jetzt an werde ich nur so viel ausgeben, wie ich einnehme, selbst wenn ich mir dafür Geld borgen muß.

Mark Twain, eigentlich Samuel L. Clemens (1835-1910, nordamerikanischer Schriftsteller)

16.01.2010

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 16. Januar 2010 (x887/...): >>>**Kritik mit Substanz**

Alfred Grosser wider die "Political Correctness"

Auf die Frage, was er denn sei, Philosoph, Soziologe, Politologe, Theologe oder Historiker, antwortete der Autor anlässlich eines Kolloquiums: "Moralpädagoge". Daran zweifelt niemand, der "Von Auschwitz nach Jerusalem" gelesen hat. Alfred Grosser weist einen Weg in eine bessere Zukunft. Aber Grosser ist weit mehr als ein Wegweiser; er geht selbst diesen Weg, glaubwürdig, und das seit vielen Jahrzehnten.

1925 in Frankfurt am Main als Sohn jüdischer Eltern geboren, mußte er 1933 die Heimat verlassen. Er wurde Franzose. Unter einer falschen Identität konnte er als Lehrer an einer katholischen Schule die Jahre der Verfolgung überstehen. Von Tätern und Helfern umgeben, wurde ihm damals zur Gewißheit, "daß es keine Kollektivschuld gibt", aber Mitverantwortung für die Zukunft, auch der besiegten Deutschen. Und dieser Vorsatz bestimmt sein Leben.

Grosser erwähnt die Anfeindungen, denen er ausgesetzt war und noch heute ist. Er zeigt zugleich, daß sie ihn von der "Suche nach einem kulturübergreifenden ethischen Minimum" nicht abbringen können. Sein hohes Ansehen, die Ehrungen, die er entgegennehmen durfte, sind also nicht erkaufte Gehorsam gegenüber den Vorgaben der "Political Correctness" oder durch Schmeicheleien gegenüber den Mächtigen. Im Gegenteil: Das Buch ist randvoll mit substanzhaltiger Kritik. Bedauernd räumt er freilich ein, daß er diese Freiheit seinem Jude-Sein verdankt in einem Lande, das an wachsendem Masochismus leidet.

Seine Liebe zur Wahrhaftigkeit läßt ihn gestehen, daß er, als er den Ex-Bundespräsidenten Theodor Heuss an die Sorbonne einlud, auf Wunsch des Gastes davon absah, dessen Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz zu erwähnen. Offen stellt er sich die Frage: "Wie mutig wäre ich gewesen, um mich für verfolgte Andere einzusetzen?"

Seine fundierte, nachvollziehbare Kritik trifft Lebende wie Tote, Deutsche, Franzosen und Israelis, Christen, Juden und Moslems, Rechte wie Linke, auch Ernesto Guevara, Daniel Goldhagen, Walter Jens, Günter Grass und andere Ikonen der "anständigen Deutschen". Grass' Sünde sei es nicht gewesen, daß er als junger Soldat in die Waffen-SS eingegliedert wurde, "sondern seine Be- und Verurteilung des damaligen Kanzlers, wo er doch hätte öffentlich sagen sollen: 'Hier (in Bitburg) hätte auch mein Grab sein können'."

Den deutschen Bundespräsidenten lobt er, weil der vor der Knesset gesagt hat, jeder Deutsche sollte sich verpflichtet fühlen, die Menschenwürde überall ernst zu nehmen. "Und um so mehr er die Bürger Israels als die Seinen empfindet, um so mehr sollte er gerade gegen diese Seinen Stellung beziehen. Das setzt allerdings eine Haltung voraus, die Immanuel Kant ... als Wesenselement des aufgeklärten Geistes fordert, nämlich die innere Freiheit, die Distanz zu sich selbst, die einem erlaubt, ohne Beeinflussung zu denken."

Alfred Grosser: "Von Auschwitz nach Jerusalem - Über Deutschland und Israel", ... Reinbek 2009 ...<<

30.01.2010

BRD: Der französische Journalist Jean-Paul Picaper schreibt am 30. Januar 2010 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>>**Die Grande Nation fragt nach ihrer Identität**

Im ausgehenden 18. Jahrhundert spielte Frankreich in Europa die Vorreiterrolle im Kampf gegen die Dominanz von Kirche und Religion, wie der konservative Historiker René Rémond nachgewiesen hat ("Religion und Gesellschaft in Europa", C. H. Beck, 2000). Aber heute steht das Land vor einem Dilemma. Die zwei Säulen, auf denen der neue, laizistische Staat anschließend errichtet wurde, die Republik und die Nation, die im 19. und im 20. Jahrhundert allmählich zu einer harmonischen Einheit verschmolzen waren, sind offensichtlich nicht mehr fest genug, um einen Damm vor dem Eindringen fremder Kulturen beziehungsweise der "invasivsten" aller Fremdkulturen, des Islams, zu bilden. Sie bekommen Risse, sie wackeln.

In dieser Notlage schauen viele Franzosen auf die neue Weltanschauung wie das Kaninchen auf die Schlange. Einige erliegen ihrer Faszination und reisen als Zeloten des Propheten nach Pakistan, falls sie Buddha und Kali noch nicht verfallen sind, während die geistlichen Invasoren ihr Süppchen auf den ziemlich widersprüchlichen republikanischen Grundrechten – Religionsfreiheit und Staatsneutralität in Sachen Religion – kochen, und die Leitkultur der Nation allmählich aushöhlen, soweit es eine solche noch gibt. Mehr Geburten, durchlässige Grenzen und vor allem ihre Zielstrebigkeit fördern ihre Expansion.

Kurz vor dem neuen Jahrhundert, im September 1999, sprach der französische Kardinal Paul Poupard, Präfekt des Vatikanischen Kulturrates, in der Tageszeitung "Le Figaro" von einer "Unfähigkeit (seiner Landsleute) an die Zukunft zu denken. Das einzige Projekt, das die Geister mobil macht, ist das ökonomische Projekt. Da viele Leute davon ausgeschlossen sind, entsteht mehr als ein Unbehagen, ein existentielles Unwohlsein, und im Grunde, ein Hoffnungsverlust".

"Die Herausforderung des Islams", fügte der Prälat hinzu, bestehe darin, "daß er Religion, Gesellschaft, Lebens-, Denk- und Verhaltensweise sein will."

Optimistischer war damals noch der Historiker Fernand Braudel, als er kurz vor seinem Ableben in der Tageszeitung "Le Monde" im Jahre 1985 "die französische Identität" als "ein Nachdenken darüber, was es vor uns gegeben hat", definierte. Sie könne nicht aus Grillen und Launen hervorgehen, und nicht von der momentanen politischen Meinung abhängig sein, betonte er. Nationale Identität sei eine Sache, die über allen Parteien, ja über allen Staatsbürgern schwebe. Sie sei unverrückbar, denn sie beruhe auf historischem Geschehen. Zentralismus im Staat, Protest von unten in der Wirtschaft, Sprache und Kultur und der Glaube an ein geeintes Europa, das sei seiner Meinung nach Frankreich heute.

Braudel müßte sich heute im Grabe umdrehen, wenn er sähe, was die Politik aus seinen Reflexionen über die französische Identität macht und wie ein Teil des politischen Frankreichs sich vor dem nationalen Einheitsgedanken, ja sogar vor dem nationalen Interesse verschließt und Exoten Tür und Tor öffnen will. Die große Volksdebatte über die nationale Identität, sprich über die Seele der Nation, die Staatspräsident Nicolas Sarkozy, wohlwissend, daß es ums Eingemachte geht, eröffnet hat, ist nicht so überflüssig und unangebracht, wie seine Gegner behaupten.

Er hatte sie bereits angekündigt, als er noch Präsidentschaftskandidat war. Zwar ließ der Zeitpunkt der im November 2009 begonnenen Debatte die Vermutung zu, daß sie vor den Regionalwahlen im März politisch instrumentalisiert würde, allerdings lassen die dünnen Gegenargumente der Opposition vermuten, daß die französische Identität auch von ihr als reparaturbedürftig angesehen wird. Ihre Verlegenheit vertuscht die Linke mit der Behauptung, daß die Franzosen "zur Zeit andere Sorgen" als ihre Seele hätten.

Die vom Minister für Nationale Identität und Zuwanderung, Eric Besson, organisierten Diskussionen erfreuen sich eines regen Zulaufs, sein Blog bekommt unzählige Anregungen, aber ihm wird auch immer wieder vorgeworfen, daß seine Debatte "Fremdenfeindlichkeit" und "Intoleranz" hervorrufe. Der Kniff von Sarkozy und Besson besteht aber darin, daß sie nicht "gegen die anderen" polemisieren, sondern "für Frankreich an sich" eintreten.

Dennoch: Die Multikulti-Franzosen haben mobil gemacht. Möchtegern-Staatspräsidenten aus dem Regierungslager wie Alain Juppé und Dominique de Villepin kamen der Opposition zu Hilfe und lasteten Sarkozy ein "Identitätsdebakel" an. Im November fanden 60 Prozent der Befragten den Identitätsfeldzug gut und angebracht. Ende Dezember sagten schon 50 Prozent, man sollte das Thema ad acta legen. Die Sozialistin Martine Aubry und François Bayrou griffen zum alten Vorwurf, diese Debatte, ja Sarkozy spalte die Nation.

Besson kündigte jedoch an, er werde die Diskussion über die Regionalwahlen hinaus fortsetzen, aber sie wird auf die Vorstellungen der Kritiker zurückgestutzt: "Kampf gegen die Diskriminierungen", "Chancengleichheit", "soziale Solidarität" und "Kultur" sind nun die Stichworte.

Anfangs hatte Sarkozy versucht, dem Thema mehr Substanz zu verleihen. Er erwähnte zwar Sprache und Kultur, aber auch Volk, Religion und sogar einmal die "heimatliche Erde".

"Vichy!", "Vichy!" schrien unisono die Gutmenschen, ein Wort, das in Frankreich so gut wie "Faschismus" klingt. Die "Toleranz" hat den "Glauben", die "Vielfalt" die "Identität" und die "Bevölkerung" das "Volk" abgelöst.

Mit dem Schwinden der in der Landwirtschaft Beschäftigten innerhalb eines Jahrhunderts von 60 auf zwei Prozent, mit der Abnahme der praktizierenden Katholiken, mit der Säkularisierung aller Lebensbereiche und deren Folgen, mit Priestermangel und leeren Dorfkirchen entstand ein Freiraum für "progressiven Kräfte", die dafür sorgen, daß sich nichts der schleichenden Islamisierung widersetzt.

Man vergißt die Fastenzeit und schaut interessiert auf den Ramadan.

In dieser amorphen Stimmung platzte das Schweizer Votum gegen neue Minarette wie eine Bombe. Laut repräsentativen Umfragen begrüßten es die Franzosen massiv. Eine große Mehrheit von ihnen ist nicht nur gegen den Bau von Minaretten, sondern auch von Moscheen überhaupt. Nun, die politische Klasse wird ein solches Volksvotum in Frankreich zu verhindern wissen. Aber die Burka, an sich ein Randphänomen, ist den Franzosen, was den Schweizern die Minarette sind.

Gegen jede Logik schrien Gruppen stets gekränkter, militanter Moslems, das Verbot durch ein Gesetz sei ein Verstoß gegen die sakrosankte Regel der Laizität. Dabei verlangt gerade die Laizität dieses Gesetz. Das Beispiel zeigt, wie sie zum eigenen Vorteil alte französische Werte wie die kartesianische Logik umwerten.

Das bot Sarkozy die Chance, neu in die Debatte einzugreifen. "Die Völker Europas sind tolerant und aufnahmebereit ... aber sie wollen nicht, daß ihr Lebensrahmen, ihre Geisteshaltung und ihr soziales Netzwerk verfälscht werden", sagte der Staatspräsident. Er wolle, daß "die Moslems Staatsbürger wie alle anderen werden", aber gerade deswegen warnte er sie "vor Unternehmungen, die in unserem Land, wo die christliche Kultur eine so tiefe Spur hinterlassen hat, wie eine Kampfansage gegen dieses Erbe und diese Werte aussehen könnten".

Das "würde die unumgängliche Schaffung eines französischen Islams zum Scheitern verurteilen". Er warnte "vor Provokation mit demonstrativen Religionsritualen". Die nationale Identität, schloß er, ist ein "Gegengift gegen Parallelgesellschaften".<<